

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 150.

Freitag, den 29. Juni 1917.

24. Jahrg.

Die Wohnungsfrage nach dem Kriege.

Zu den wichtigsten innerdeutschen Fragen, die in nächster Zukunft zu lösen sind, gehört unstreitig die Wohnungsfrage. Schon lange vor dem Kriege haben Bodenreformer, Ärzte und Sozialpolitiker auf die große kulturelle, wirtschaftliche und nationale Bedeutung dieser Frage aufmerksam gemacht und versucht, die Parlamente des Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden zu einer Umgestaltung unseres Wohnungswezens zu veranlassen. Infolge von Widerständen der verschiedensten Art waren diesen Bestrebungen nur geringe Erfolge beschieden. Der Krieg hat nun größeren Kreisen unseres Volkes die große Bedeutung eines gesunden Wohnungswezens zum Bewußtsein gebracht und damit die auf eine Verbesserung unserer Wohnungsverhältnisse gerichteten Bestrebungen ihrer Verwirklichung nähergerückt. Man hat allgemein begriffen, daß nicht nur die geistige und sittliche Gesundheit eines Volkes, sondern auch seine Wehrhaftigkeit und seine Leistungsfähigkeit im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Völker in hohem Maße von der Güte seines Wohnungswezens abhängen.

Die Statistik redet in dieser Beziehung eine fürchtbare eindringliche Sprache. Sie lehrt uns z. B., daß in Berlin mit seinen Massenmietshäusern und seinen vielen Kellerwohnungen die Zahl der militärtauglichen verhältnismäßig weit niedriger ist als auf dem Lande oder im Landesdurchschnitt. Nach einer Eingabe, die der Berliner Verein für Kleinwohnungswezen im Jahre 1915 an den Reichstag gerichtet hat, betrug die Zahl der als militärtauglich ausgemerkten Stellungsplätze in den ländlichen Bezirken seit 1902 unverändert 58,9 Prozent, während sie im Bereich des dritten Armeekorps, zu dem die Stadt Berlin gehört, auf 35 Prozent und in der Stadt Berlin selbst auf 31,9 Prozent zurückgegangen ist. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat in den Jahren 1913 und 1914 die Wohnungsverhältnisse ihrer Mitglieder aus dem Gewerbebetriebe der Kaufleute, der Handelsleute und Apotheker untersucht und festgestelt, daß die Jungenerkrankungen bei den in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern in beiden Jahren um 15 bis 20 Prozent zahlreicher waren als bei den von außerhalb zugezogenen Mitgliedern. Nach dem statistischen Jahrbuch des preussischen Staates starben auf je 10 000 Einwohner an Tuberkulose: in Ostpreußen 11,9, in der Provinz Brandenburg 13,4 und in Berlin 20 Einwohner. Die starke Kindersterblichkeit in großstädtischen Massenwohnquartieren ist allgemein bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1000 Geburten durchschnittlich 170 Säuglinge sterben, erhöhte sich diese Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen bis auf über 350. Nach einem Bericht der Wohnkolonie Döheim bei Stuttgart, die zumeist aus Zweifamilienhäusern besteht, starben dort in den sieben Jahren von 1908 bis 1914 auf je 100 Geburten nur 9,8 Kinder unter einem Jahre, während auf ganz Stuttgart 14,4 entfielen.

Zahlen dieser Art müssen sowohl dem Sozialpolitiker als auch dem Volkswirtschaftler zu denken geben. Alle unsere Sozialpolitik ist solange Stückwerk, als sie sich auf die Hebung bereits eingetretener Schäden beschränkt und nicht versucht, dem Eintritt der Schäden von vornherein entgegenzuwirken. Es ist z. B. gewiß gut, daß unsere Krankenversicherung den erkrankten Arbeitern Hilfe gewährt; aber noch wichtiger wären Maßnahmen, durch die die Entstehung von Krankheiten so viel wie möglich verhindert würde. Denn dadurch bliebe unseren Volksgenossen viel Leid, unserer Volkswirtschaft aber blieben unermessliche Werte erspart.

Eine solche Maßnahme von großer Bedeutung ist z. B. die befriedigende Lösung der Wohnungsfrage. Und daher drängt sich die Frage auf: Wie werden sich nun die Bau- und Wohnungsverhältnisse nach dem Kriege gestalten?

Um diese Frage richtig beantworten zu können, muß man die Umstände kennen, die in erster Linie auf die Gestaltung des Bau- und Wohnungsmarktes einwirken. Da ist nun zunächst wichtig, daß schon vor dem Kriege in sehr vielen Orten eine starke Wohnungsnot bestand. In einzelnen Gebieten war diese Knappheit so fühlbar, daß die Behörden einschreiten mußten.

Während des Kriegs ist die Wohnungsnot in den meisten Städten vorübergehend zurückgegangen. Zurückzuführen war das darauf, daß nach Kriegsausbruch viele Haushaltungen aufgelöst wurden, weil der Haushaltungsvorstand im Felde stand und viele einzelstehende Kriegerfrauen zu ihren Eltern zurückkehrten — zum Teil auch zu Verwandten aufs Land übersiedelten — und daß manche Familien, um die Ausgabe der Miete zu sparen, mit anderen Familien zusammenzogen. Allein diese Besserung hielt bei den Kleinwohnungen nicht lange an, sondern machte in vielen Orten bald wieder einer rückläufigen Bewegung Platz. Zu dieser Entwicklung hat die Tatsache wesentlich beigetragen, daß viele Familien von größeren Wohnungen in kleinere übersiedelten, sei es, weil das Familienoberhaupt im Kriege gefallen war, sei es, weil die Familien aus anderen Gründen mit kleineren Wohnungen auskommen konnten oder weil sie ihre Ausgaben für Mieten infolge der allgemeinen Teuerung beschränken mußten. So kommt es, daß in vielen Orten schon

heute wieder ein Mangel an Kleinwohnungen herrscht, und es besteht die Gefahr, daß sich dieser Mangel nach Beendigung des Kriegs zu einer schlimmen Wohnungsnot ausweiten wird. Einmal werden, wenn unsere Krieger wieder zurückkommen, viele der aufgelösten Haushaltungen wieder gegründet werden. Dann aber wird sich sofort nach Beendigung des Kriegs die große Zahl der Kriegsgetrauten eine eigene Häuslichkeit einrichten wollen, und schließlich ist nach Krieges die Zahl der Eheschließungen erfahrungsgemäß besonders groß. Sie wird nach diesem Kriege um so größer sein, als ja während der langen Dauer des Kriegs zahlreiche junge Leute das heiratsfähige Alter erreicht haben. So ist nach dem Kriege zweifellos eine außerordentlich starke Nachfrage nach Wohnungen zu erwarten, eine Nachfrage, die auch dadurch nicht wesentlich vermindert wird, daß während des Krieges Tausende und aber Tausende Familienväter gefallen sind. Denn auch die allermeisten Familien der Gefallenen können ja nicht ohne Wohnungen sein; sie schränken sich höchstens hinsichtlich der Größe ihrer Wohnungen ein und vermehren dadurch noch die Nachfrage nach Kleinwohnungen. Zu alledem kommt noch, daß jetzt die Wohnungsbautätigkeit schon nahezu drei Jahre fast vollständig ruht. Was das bedeutet, wird einem klar, wenn man bedenkt, daß Deutschland vor dem Kriege für seinen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 bis 900 000 Menschen alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen brauchte, den Ersatz von alten und unbrauchbar gewordenen Wohnungen nicht eingerechnet.

Besteht nun die Aussicht, daß noch während oder gleich nach dem Kriege durch die Steigerung der privaten Bautätigkeit die Gefahr einer Wohnungsnot abgewendet wird?

Diese Frage ist leider nicht zu bejahen. Zum Bauen gehört vor allem Geld, und zwar billiges Geld, wenn die Baukosten und die Mietpreise nicht riesig verteuert werden und wenn das Bauen rentabel sein soll. In billiges Geld für das Baugewerbe ist aber während und gleich nach Beendigung des Kriegs nicht zu denken. Muß doch das Reich schon seine Milliardenanleihen bei einer Ausgabe von 98 mit 5 Prozent verzinsen. Nach dem Kriege wird sowohl der Geldbedarf des Reiches wie auch der Einzelstaaten und Gemeinden sehr groß sein. Unsere Volkswirtschaft wird zur Heranschaffung von Lebensmitteln und zur Auffüllung der Rohstofflager ebenfalls ungeheurer Summen bedürfen. Daß da für das private Baugewerbe keine billigen Gelder zu haben sind, ist ganz selbstverständlich, und damit entfällt auch die Möglichkeit, durch eine Belebung der Bautätigkeit auf privatwirtschaftlicher Grundlage der drohenden Wohnungsnot in ausreichendem Maße entgegenzuwirken. Die Folge davon wird eine starke Steigerung der Wohnungsmieten sein. Tatsächlich wird mit einer solchen Steigerung in den Kreisen der Hausbesitzer und Bauunternehmer heute schon ganz allgemein gerechnet. Und zwar hält man in jenen Kreisen eine Steigerung der Mieten für Neubauwohnungen um etwa 33 Prozent, also um ein volles Drittel für erforderlich. Die Mietssteigerung, so lagte im vorigen Jahre Dr. Ing. Martin Wagner in einem Artikel der „Bautechnik“, sei die erste und letzte Voraussetzung für jede Bautätigkeit nach dem Kriege; denn es sei völlig ausgeschlossen, die Kleinwohnungen nach dem Kriege in einer Preislage herzustellen, für die die gegenwärtig gezahlten Mieten hinreichende Rentabilität bieten.

Was ist unter diesen Umständen zu tun? Nun, daß man unter so bedrohlichen Verhältnissen den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen kann, versteht sich am Ende. Eine starke Wohnungsnot nach dem Kriege könnte geradezu zu einer Gefahr für den Staat werden. Die Vorgänge im Jahre 1871 in Berlin sind dafür Beweis genug. Dort waren am 1. Oktober 1871 nicht weniger als 10 600 Familien obdachlos. Als die Obdachlosen vor dem Frankfurter Tor Barackenbauten errichteten und die Polizei diese niederreißen ließ, kam es zu regelrechten Straßenkämpfen mit Barrikadenbauten. Sollen sich solche Zustände nach diesem Kriege wiederholen? Das muß unter allen Umständen verhindert werden! Unsere Krieger, die so lange die Heimat geschützt haben, können verlangen, daß man ihnen am Ende des Krieges gute, gesunde und billige Wohnungen bietet. Stiegen die Preise für Neubauwohnungen um 33 Prozent, so bedeutete dies eine allgemeine Mietspreissteigerung in ungefähre der gleichen Höhe; denn eine Steigerung der Mieten für Neubauwohnungen infolge Verteuerung der Herstellungskosten hat noch immer automatisch eine Steigerung der Mieten für alle Wohnungen zur Folge gehabt. Den Nutzen davon haben die Haus- und Grundbesitzer, denen durch die Erhöhung der Wohnungsmieten ohne irgendwelches Dazutun der Wert ihrer Grundstücke erhöht wird. Für die Masse der Wohnungskonsumenten aber wäre angesichts der ohnehin stark verschlechterten Lebenshaltung eine Mietspreissteigerung von 33 Prozent einfach unerträglich. Sie müßte Wirtschaftskämpfe in gewaltiger Ausdehnung zur Folge haben; denn die Arbeiterklasse müßte sich selbstverständlich gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft wehren.

Nach alledem bleibt nur übrig, den gemeinnützigen Kleinwohnungsbaunachbesten Kräfte zu fördern. Insbesondere ist zu verlangen, daß Reich, Einzelstaaten und Gemeinden durch Hergabe billigen Baugeländes an gemeinnützige Baugenossenschaften und durch Hergabe von Geld zu billigem Zinsfuß den Kleinwohnungsbaun unterstützen. Die preussische Regierung hat auf diesem Gebiet dadurch einen bemerkenswerten Schritt getan, daß sie vom preussischen Landtag zehn Millionen Mark zur Förderung des Kleinwohnungsbaues forderte; sie hat in ihrem Wohnungsgejetentwurf außerdem eine Reihe Maßnahmen vorgelegt, die zur Senkung der Bodenpreise und zur Ausschließung städtischen Baugeländes dienen sollen. Billige Baugelder könnten übrigens auch private Unternehmer erhalten, sofern sie sich verpflichten, damit Kleinwohnungen auf gemeinnütziger Grundlage zu errichten. Ferner kann hier die Errichtung von städtischen Pfandbriefanstalten für zweite Hypotheken auf der Grundlage der Gemeinbürgerschaft aller Hausbesitzer sehr segensreich wirken; denn gerade die Beschaffung zweiter Hypotheken wird nach dem Kriege sehr schwierig sein. Was hier bis jetzt von privater Seite — durch die Errichtung von Hypothekenschuldbanken durch den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geleistet worden ist, genügt zur ausreichenden Belebung der Wohnungsbautätigkeit nicht im mindesten. Sehr zu begrüßen wäre es ferner, wenn außer den Landesversicherungsanstalten, die ja für den Wert des Kleinwohnungsbaues immer viel Verständnis hatten, und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die sich in letzter Zeit ebenfalls zur Förderung des Kleinwohnungsbaues bereit erklärte, auch die übrigen Träger der Arbeiterversicherung, insbesondere die Krankenkassen, die gemeinnützige Bautätigkeit mehr als bisher unterstützen wollten. Schließlich können und werden auch die Konsumvereine, wie sie das ja immer getan haben, zur Versorgung des Volkes mit gesunden und preiswerten Wohnungen nach besten Kräften beitragen.

Sind als Konsumenten die allermeisten unserer Volksgenossen an der Förderung der Wohnungsbautätigkeit interessiert, weil sie alle genügend gesunde und billige Wohnungen wünschen müssen, so sind es die Arbeiter auch als Produzenten. Denn das Darniederliegen der Bautätigkeit bedeutet Arbeitslosigkeit weit über die Kreise der eigentlichen Bauarbeiter hinaus. Vom Stande der Bautätigkeit ist der Gang der Baurohstoffgewerbe: der Ziegeleien, der Gips-, Zement- und Kalkfabriken, der Lehmgruben und Steinbrüche, der Eisen- und Walzwerke, der Holz- und Steinmehrschneidereien usw. nicht minder abhängig als das Baustofftransportgewerbe und die vielen Bauneben- und Wohnungsausstattungsgerber. Wenn keine Wohnungen gebaut werden, braucht man weder Kalk noch Steine, aber auch keine Möbel, mit denen man die fertigen Räume wohnlich macht. Und wie die Arbeiter der Baurohstoff-, Bauneben- und Wohnungsausstattungsgerber durchaus vom Gange der Bautätigkeit abhängen, so sind auch andere Arbeiter-, Händler- und Handwerkerstände an der Blüte des Baugewerbes in höchstem Maße interessiert. Wenn das Baugewerbe mit seinen vielen Nebengewerben blüht und große Arbeitermassen lohnende Arbeit finden, dann ist immer auch für das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, für das Bekleidungsgerber und mehr oder minder für alle Gewerbe und Industrien, die der Herstellung von Massenartikeln dienen, eine Zeit der Hochkonjunktur. Kein anderes Gewerbe übt als Muttergewerbe auf die Gestaltung des gesamten Arbeitsmarktes und unserer ganzen Volkswirtschaft eine so großen Einfluß aus, wie das Baugewerbe. Auch aus diesem Grunde ist die Förderung des Wohnungsbaues dringend erwünscht. Und zwar muß das so frühzeitig geschehen, daß man bei Beendigung des Kriegs der drohenden Arbeitslosigkeit und der drohenden Wohnungsnot gleichermaßen begegnen kann.

Die Neutralität der Schweiz.

Der Nationalrat begann Mittwoch früh mit der Beratung der Neutralitätsberichte. Präsident Büler eröffnete die Sitzung, indem er nochmals dem tiefen Bedauern Ausdruck gab, mit dem die eidgenössischen Räte die Demission Hoffmanns entgegengenommen haben. „Damit“, so erklärt der Präsident mit erhobener Stimme, „ist in denbar kürzester Frist von uns aus, frei von fremdem Druck, alles geschehen, was die Neutralitätspflicht von uns forderte und niemand hat das Recht, ein Mehr von uns zu heischen.“

Der Vorsitzende der Neutralitätskommission Dr. Spahn (Schaffhausen) berichtet zunächst über die allgemeinen politischen Angelegenheiten. Er stellt dankbar fest, daß im Bundesrat trotz des verschärften Laubhaukrieges und des Eintritts Amerikas in den Krieg die Verproviantierung gelungen ist. Die Wirtschaftsabkommen mit Deutschland sind für die Schweiz besonders für ihre Landwirtschaft von großem Vorteil gewesen. Wenn Deutschland nicht die ganzen ausbedungenen Mengen Kohlen geliefert hat, so ist der Vorwurf

des Vertragsbruchs bezogen nicht begründet. Jeder von beiden Staaten hat sich nur verpflichtet, so viel zu liefern als er kann, und auch die Schweiz hat nicht alle vorgezeichneten Mengen liefern können. Spahn betonte, daß die Viehausfuhr aus der Schweiz nach Deutschland mit Wissen und Willen der Entente geschieht. Darum hat auch Amerika keine Veranlassung, hier seinen Verbündeten in die Arme zu fallen. Wenn aber der Krieg noch lange dauere, wird die Transportkrise zu Wasser wie zu Lande eine derartige Schärfe annehmen, daß für die Neutralen weder Schiffsraum noch Wagen übrig bleiben.

In der Angelegenheit Hoffmann erklärt Spahn: Der Bundesrat selbst hält eine Debatte darüber im Interesse des Landes für notwendig. Er hat das Licht in dieser Angelegenheit nicht zu fürchten. Das Parlament ist es aber auch dem viel angegriffenen zurückgetretenen Staatsmann Schulbi, den Tatbestand festzustellen. Das Telegramm des Schweizer Gesandten in Petersburg und die Antwort Hoffmanns haben der Neutralitätskommission im Original vorgelegen. Am 17. Juni erhielt der Bundesrat durch eine auswärtige Schweizer Gesandtschaft die Mitteilung, daß Hoffmanns Telegramm in ausländischen Zeitungen wiedergegeben sei und noch am Abend des 17. Juni hat Hoffmann demissionär im Nationalrat abgegeben, und der Vorschlag ist also unverzüglich und ohne jeden äußeren Einfluß erledigt worden. Bis zu dieser Stunde ist auch nicht der leiseste Versuch einer äußeren Beeinflussung gemacht worden. Die auswärtigen Regierungen scheinen im Gegenteil die Angelegenheit als erledigt zu betrachten. Nur die Presse der Entente sieht, durch einen Teil der schweizerischen Presse leider dazu angeleitet, in dem Fall einen unfreundlichen Akt gegen die Entente. Wir verbitten uns aber ebenso höflich wie bestimmt jede Einmischung des Auslandes, auch der Auslandspresse. (Bravo!) Da die Schweiz mit der Entente in freundschaftlichen Beziehungen steht, wäre es von vornherein schon auffällig und unangehörig, daß der schweizerische Minister des Auswärtigen die Entente unfreundlich behandelt hätte. Bezeichnet man allerdings jeden Versuch, zum Frieden zu kommen, als verwerflich, dann mag man von einem unfreundlichen Akt sprechen, aber alle Kriegführenden sehnen sich doch nach Frieden. Vom Schweizer Standpunkt kann jedenfalls keine Rede von einem unfreundlichen Akt sein.

Spahn erklärt nun, daß man zur richtigen Beurteilung der Handlungsweise Hoffmanns das vorangegangene von Odier übermittelte Telegramm Grimms kennen muß, das erst teilweise bekannt sei. Die Verlesung des ganzen Telegramms erregte großes Aufsehen. Es lautet:

„Herr Nationalrat Grimm, der sich gegenwärtig in Petersburg aufhält, bittet um, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm folgenden Inhalts zu übermitteln: Friedensbedürfnis ist allgemein vorhanden. Ein Friedensschluß ist in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit. Diese Erkenntnis ist an maßgebender Stelle vorhanden. Hemmungen bereitet Frankreich, Hindernisse England. Die Verhandlungen schweben gegenwärtig, und die Ausläufer sind günstig. In den nächsten Tagen ist neuer verstärkter Druck zu erwarten. Die einzig mögliche und geschäftliche Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterläßt diese Störung, so wird eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Eine vom Arbeitererrat einberufene internationale Konferenz ist ein Teil der Friedenspolitik der neuen Regierung. Das Zustandekommen dieser Konferenz gilt als sicher, sofern die Regierungen keine Pöpschlichkeiten machen. Alle Länder haben ihre Beteiligung zugesagt. Unterrichten Sie mich wenn möglich über die Ihnen bekannten Kriegsziele der Regierungen, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden. Ich halte mich noch etwa zehn Tage in Petersburg auf.“

Spahn fährt fort: Kann danach noch davon gesprochen werden, daß Grimm und ebenso Hoffmann in seiner Antwort einen Separatfrieden im Auge hatten? Hätte England und Frankreich einem Separatfrieden Hemmungen und Hindernisse bereitet? Nein, das wäre für sie ein Cautus belli. Die Verhandlungen, von denen Grimm sprach und die günstig sehen sollten, sind Verhandlungen zwischen Rußland und seinen Verbündeten über den allgemeinen Frieden. Die internationale Konferenz jener hätte nicht mit einem Separatfrieden schließen können. Grimm hat auch einfach die Kriegsziele der Regierungen zu wissen verlangt. Er ging also durchaus nicht von der Voraussetzung aus, daß ein Separatfrieden möglich sei und schon darum weiß auch in Hoffmanns Antwort kein Wort auf einen Separatfrieden hin. Hoffmann hat offenbar ein psychologisches Moment zur Herbeiführung des Weltfriedens für gegeben erachtet. Seine Absichten waren rein und lauter. Wir Entente lehnen wir ab, Hoffmann als deutschen Agenten behandeln zu lassen. (Bravo!) Ausgeschlossen für ihn war die ganze Sorge um die Zukunft des Schweizerlandes und der Wunsch, diesem das ungewisse schwere Schicksal zu ersparen, das bei weiterer Dauer des Krieges auch der Schweiz droht. Hoffmanns Fehler war, daß er seinen Schritt ohne Kenntnis des Bundesrats getan hat. Ob Hoffmann Grimm zu großes Vertrauen geschenkt, kann heute noch nicht entschieden werden. Im Falle Ritter, des Schweizer Gesandten in Washington, lag keinerlei Auftrag Hoffmanns vor. Im Falle Grimm ist das Herz über den Kopf bei Hoffmann Meister geworden, aber es ist nun alles getan, um auch den bloßen Schein einer unneutralen Handlung aus der Welt zu schaffen. (Allgemeiner Beifall.)

Der französische Berichterstatter der Kommission, General de Lamoignon, stellte fest, daß es eines kranken Gehirns bedürfe, um Hoffmann als deutschen Agenten zu bezeichnen und sehr fort: Die Frage allerdings, ob Hoffmann nicht auch die Möglichkeit eines Sonderfriedens ins Auge faßt, scheint nicht genügend geklärt. Jederfalls erweist kein Schritt den Anschein, als ob er an einen Sonderfrieden dachte, das genügt, um seinen Schritt als höheren Fehler erachten zu lassen. Wenn nun einem allgemeinen Friedensbedürfnis genügt wird, so tritt dies nicht auf die Ententemächte zu, die bis zum endgültigen Siege kämpfen wollen. Hoffmann magte wissen, daß auf der einen Seite die Stimmung gegen den Frieden ist. Wenn er auch den unabweislichen politischen Fehler beging, so müssen wir doch beifolgt anerkennen, daß seine Absichten frei waren von irgendwelchen irreführenden Erwägungen. (Beifall.) (Freisinnig) begründet den von der vorbereitenden Kommission mit einem gegen seine Stimme abgelehnten Antrag auf die Einsetzung einer besonderen parlamentarischen Untersuchungskommission. (Beifall.) Genf beizate die Notwendigkeit, im Auslande diplomatische Vertreter zu haben, die der Regierung genügen und ihr Vertrauen besitzen. Der Senator der sozialdemokratischen Fraktion, Gressly-Jülich, gab eine Darstellung der russischen Revolution und der Regierungsverhältnisse in Petersburg, die Grimm's Telegramm begründlich erscheinen lassen. Gressly erklärte, dass, wenn Grimm deutscher Agent ist, kann keine Rede sein. Grimm ist ein Schweizer, der seine Verantwortung auf Grund der Beziehungen mit der sozialistischen Fraktion Petersburgs zu der Regierung, daß Rußland Frieden haben will. Er befragt über den ungewissen Fehler, für den die Beteiligung an Parteischicksalen und den Kronprinzen Vorkäufen bei der anstehenden Wahlung möglich zu machen, weshalb seine Tätigkeit überhaupt nicht sein sollte. (Beifall.) (Freisinnig) wurde. Das

zentrierte, ist erklärlich, weil Grimm auch in Stockholm sich unruhig in Parteizwistigkeiten einmischte. Der Redner bestritt nochmals einbringlich, daß Grimm im Auftrage der deutschen Regierung handelte, deren erbitterter Feind er immer war. Ebenjowenig dachte er an einen Sonderfrieden. In die Depeche ist alles Mögliche hineingemischt worden, sodaß ein Rattenkönig von Mißverständnissen entstand. Man ist heute in der Schweiz viel zu nervös. Im Innern sollen wir unsere Kämpfe frisch und fröhlich ausfechten, aber nach außen müssen wir stark und einig sein. Wir haben es garnicht nötig, vor dem Auslande Angst zu haben. Die großen Mächte haben genug miteinander zu tun und sind froh, wenn wir im Jura Wache halten. (Beifall des ganzen Hauses.)

In der Nachmittags-Sitzung setzte der Nationalrat die Debatte über die Angelegenheit Grimm-Hoffmann fort, wobei Hartmann-Solothurn (katholisch-Liberal) namens seiner Parteifreunde dem tiefen Bedauern über den Fall Ausdruck gab, aber zur Mäßigung mahnte. Die Deutschschweizer erwarten, daß in der welschen Schweiz die rasche einwandfreie Erledigung anerkannt werde und daß dort Vernunft und Ueberlegung im Interesse des Landes einkehre. Daucourt-Jura (kathol.) stellte den Antrag, die parlamentarische Untersuchung auch auf die Rolle Grimms auszudehnen, der in Yverburg das schweizerische Parlament bloßgestellt hat. Bossi-Tessin (lib.) richtete heftige Angriffe gegen die ganze Neutralitätspolitik des Bundesrats, die von jeder einseitig deutsch orientierten gewesen sei. Maino-Neuchâtel (extrem Sozialist) kritisierte scharf das Verhalten Hoffmanns wie dasjenige Grimms, die beide der Sache des Friedens geschadet hätten. Ag. Greulich-Jülich (Sozialist) erhielt das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gegenüber Bossi, der behauptet hatte, Gressly habe den italienischen Sozialisten vor dem Kriege Geld angeboten zur Förderung der Friedenspolitik. Der Redner bezeichnete diese Behauptung als unwahr. Allerdings erhielt er eine Summe für die italienische Partei, aber ohne jede Bedingung von einer Persönlichkeit, die rein ökonomische Interessen an der Erhaltung des Friedens gehabt habe. Zu Bossi gewandt, ruft Gressly: „Ich untersehe mich von Ihnen dadurch, daß ich mich solidarisch fühle mit denen, die in allen Ländern gegen den Krieg und für den Frieden arbeiten, während Sie, Bossi, sich solidarisch fühlen mit allen Chauvinisten und Kriegsbegehern!“ (Beifall auf verschiedenen Banken.) Scherrer-St. Gallen drückte in bewegten Worten den Schmerz des St. Gallischen Volkes über den Rücktritt Hoffmanns und die Erwartung aus, daß in der Westschweiz Bestimmung und Vernunft einkehre.

Die Kriegslage.

Die spanische Front stand am 27. Juni im Zeichen schwerer Fern-Feuerkämpfe. Die deutsche Beschießung des Hafens von Vinaros und des Bahnhofs von Winterte war von außerordentlicher Wirkung. Zahlreiche Treffer wurden beobachtet. Die Engländer versuchten mit einem 30-Zentimeter-Geschütz auf Ostende zu antworten. Es wurde jedoch kein militärischer Schaden angerichtet. Nur ein Belgier wurde verletzt. Bereits nach den ersten Schüssen wurden die englischen Geschütze von den deutschen Fernbatterien unter Feuer genommen und zum Schweigen gebracht. In verschiedenen Stellen der Front wurden die feindlichen Gräben pianmäßig unter zusammengefaßtes Artillerie- und Minenfeuer genommen. Schwere Beschädigungen konnten festgestellt werden. Die englische Gegenwirkung war gering. Bei einem Versuch, die deutsche Artillerie zum Schweigen zu bringen, wurden die britischen Batterien von den deutschen unter Feuer genommen und eingedeckt. Bei guter Sicht wurde das Feuer von deutschen Artillerieoffizieren in vorbildlicher Weise geleitet. Es konnten zahlreiche Explosionen in englischen Batteriestellungen festgestellt werden. Südlich von Neuport, nördlich von Opern, und bei La Bassée-Welle wurden Gefangene eingebracht. Bei Fontaine wurde in den Kämpfen der letzten Tage das noch in englischer Hand gebliebene keine Grabenstück durch Stoßtrupps eines heimisch-westfälischen Regiments gefoltert. Während Artilleriebeschießung die Verbindung nach rückwärts abschnitt, Maschinengewehre in hervorragender Weise von der Flanke aus wirkten, wurde die Besatzung von Stoßtruppen angepackt und überwältigt. Die blutigen Verluste der Engländer waren erheblich. Von den Ueberlebenden wurden 2 Offiziere und 62 Mann gefangen.

In der Aisne-Front hielt sich die französische Artillerietätigkeit in mäßigen Grenzen und war lediglich gegen die neu eroberten deutschen Stellungen bei Bourailon und Laffaux zeitweise lebhafter. Die deutschen Batterien bekämpften erfolgreich die französischen Artilleriestellungen und nahmen die feindlichen Gräben mehrfach unter Wirkungsjuer.

Nördlich von Reims und in der West-Champagne war bei guter Sicht der Artilleriekampf erheblich. Auf französische Schanzen in den nördlichen Gräben wurde mehrfach Beschießungsfeuer gelegt.

Berlin, 28. Juni, abends. (Amstlich.)
Im Westen außer vormittags lebhafteste Gefechtsstätigkeit an der Straße Vers-Arcis nichts Besonderes.
Im Osten ist die Lage unverändert.

Wien, 28. Juni. (Amstlich.)
Deutscher Kriegsjahraplag.
Auf dem gallischen Front-Abschnitt nördlich des Dujestr war die feindliche Artillerie anhaltend lebhaft tätig. Aufklärungsabteilungen des Gegners versuchten an mehreren Stellen vergeblich vorzugehen. Einige erfolgreiche Luftkämpfe.

Italienischer Kriegsjahraplag.
Anger den gemeldeten Gefangenen wurden bei der Wiedereroberung des Monte Ortigara 52 Maschinengewehre, 2 Minenwerfer, 7 Geschütze und 2000 Gewehre erbeutet. Hauptmann Heytens hat am 26. Juni über dem Wippach-Tal zwei Flieger abgeschossen.

Südlicher Kriegsjahraplag.
Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Gegnerische Kriegsberichte.

Französischer Bericht vom 27. Juni nachmittags: Der Artilleriekampf dauert sehr lebhaft in der Gegend des „Denkmal“ und bei Hurtlebise fort. Die Deutschen machten keinen neuen Angriff gegen die Stellungen, welche wir am 25. Juni nahmen. Nach den letzten Nachrichten befindet sich unter den ausgebauten Stellungen, die wir am 25. Juni eroberten, eine umfangreiche Höhle von mehr als 300 Meter Tiefe, die in eine wirkliche Festung mit zahlreichen Ausgängen umgewandelt ist. Der Kommandant von 100 Maschinengewehre aufbewahrt, stellt einen wichtigen Befestigungspunkt dar, ohne Ausgangspunkt für feindliche Angriffe. Es fand sich dort beträchtliche Menge an Geschützen: 9 Maschinengewehre in gutem Zustande, mehr als 300 Anströmungen, zahlreiche Gewehre, Munitionslager, elektrische Scheinwerfer und ein Verbandspital alles in unsere Hände. Bisher wurden 340 Gefangene gezählt, darunter 10 Offiziere. In der Champagne westlich des Somme-Berges beherrschte ein feindlicher Handreich in unserem Gebiet die Gegend um einen Ort, der in die westliche

lichen Linien bei Malson de Champagne, woselbst wir etwa 10 Gefangene zurückbrachten. Gestern, 8 Uhr abends, warfen feindliche Flugzeuge Bomben auf Nancy ab, wobei Menschenverluste noch Sachschaden wurde verursacht.

Abends: Die Artillerie zeigte sich auf beiden Seiten in der Gegend von Hurtlebise, bei Craonne, auf den Höhen südlich von Koronvillers und im Abschnitt von Avocourt tätig. Keine Infanterietätigkeit.

Belgischer Bericht: Während der Nacht beschloß die feindliche Artillerie einige Vörser hinter der Front. Wir legten zur Vergeitung Feuer auf feindliche Verbindungswege. Morgens schwache Artillerietätigkeit, nachmittags ziemlich heftiger Artilleriekampf im Abschnitt Voefinghe—Steenstraete.

Englischer Bericht vom 27. Juni: Ein weiterer feindlicher Angriff wurde frühmorgens gegen unsere neuen Stellungen nördwestlich von Fontaine-les-Croisilles versucht, aber von unserer Artillerie in der Entwicklung verhindert. Wir machten einen erfolgreichen Vorstoß westlich von Oppy und brachten Gefangene ein. Ein feindlicher Vorstoß, der südwestlich von La Bassée versucht wurde, wurde durch unser Feuer angehalten.

Abends: Ein feindlicher Stoßtrupp wurde morgens nach heftigem Kampf, wobei der Feind schwere Verluste erlitt, nördlich von Roerx abgewiesen. In Luftkämpfen wurden 5 deutsche Flugzeuge heruntergeholt, zwei weitere außerhalb unseres Bereichs zum Niedergehen gezwungen. Außerdem wurde ein feindlicher Apparat von der Erde aus abgeschossen. Keines unserer Flugzeuge wird vermisst.

Die elsaß-lothringische Frage.

Der vom Vorstand der französischen Sozialistenpartei mit der Beantwortung des Fragebogens der Stockholmer holländisch-Scandinavischen Konferenz betraute Ausschuh verhandelte über die elsaß-lothringische Frage. Die Richtung der sogenannten Mehrheit verlangte die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich ohne jede Bedingung. Die Minderheit forderte im Interesse der Friedenssache, die Partei müsse sich dem Standpunkt des Petersburger Arbeiterrats anschließen und eine Abstimmung des Elsaß-Lothringers fordern. Man nahm schließlich eine Kompromißentscheidung an, die in ihrem ersten Teil das unbestrittene Anrecht auf Elsaß-Lothringen verkündet, dann aber erklärt, die französische Partei sei mit einer Volksabstimmung im Elsaß einverstanden unter der Voraussetzung, daß sie unter einer internationalen Kontrolle erfolge, „unter den Aupstigen der Völkergemeinschaft“.

Auf Frankreich ist nicht viel mehr zu rechnen.

In der englischen Presse beginnt sich eine merkwürdige Geringschätzung der weiteren militärischen Leistungsfähigkeit Frankreichs breit zu machen. So schreibt der Militärkritiker des „Observer“ vom 17. Juni: „Auf Frankreich dürfe man nicht mehr zu sehr rechnen. Seine Truppen halten etwa 30 deutsche Divisionen auf und bedrohen Hindenburgs südliche Flanke mit Umgehung. Aber nachdem sie das Größte der deutschen Offensive im vorigen Jahre ausgehalten haben, ist nicht viel Menschenmaterial mehr überzählig.“

Rußland.

Generallstreik in Finnland in Sicht.

Stockholm, 27. Juni. (Eig. Drahtber.)
Der finnische Parteitag erklärte für den Fall, daß die Bürgerlichen durch Obstruktion die gesetzliche Einführung der Gemeindefwahlreform und des Achtstundentags verhindern, den Generallstreik für drohend und ermächtigte den Parteivorstand, den Generallstreik nötigenfalls zu organisieren.

Zur Lösung der Agrarfrage.

Der Ackerbauminister arbeitete einen Gesetzentwurf aus, nach dem alle Ländereien von landwirtschaftlichem Charakter bis zur Lösung der Agrarfrage durch eine verfassungskonforme Versammlung im Interesse des Staates zeitweilig landwirtschaftlichen Ausschüssen zur Beaufsichtigung der Ausnutzung unterstellt werden sollen. Zu diesem Zweck werden örtliche Ackerbau-Ausschüsse die Anbaufläche der Ländereien feststellen, bevor sie von den Gemeinden, Gesellschaften und privaten Besitzern bestellt werden, während alle übrigen Ländereien eine Bodenreserve bilden sollen.

Aufhebung der Kriegsgerichte.

Die vorläufige Regierung hob die Kriegsgerichte auf. Wenn Verbrechen auf frischer Tat gefaßt werden und die Umstände eine sofortige Einleitung des Verfahrens erheischen, so wird dies dem ständigen Kriegsrat, entweder den zuständigen Bezirks- oder den zuständigen Armeekorps zur dringenden Behandlung überwiesen.

Wandervolbe über die Lage in Rußland.

Der belgische Sozialist Wandervolbe sagt in einem Artikel im „Daily Chronicle“ über die Lage Rußlands, sie sei verzerrt. Die zerrütteten Finanzen, die Mißwirtschaft in der Lebensmittellieferung, das Chaos im Frachtverkehr und die Desorganisation in der Armee, alle diese Teile, welche die Revolution herbeigeführt haben, traten erst jetzt voll zutage. Alle Freunde Rußlands sähen mit Besorgnis den kommenden Tagen entgegen. Wenn in Rußland völlig anarchische Zustände eintreten, so brauche sich niemand zu wundern. In Petersburg sei in der letzten Woche von einer geordneten Polizei überhaupt nichts mehr zu sehen gewesen. Man könne sagen, in Rußland herrschten Zustände, die in westlichen Staaten Europas zur vollständigen Auflösung des Staatswesens führen müßten.

Die Unruhen in Petersburg.

am 22. und 23. Juni sollen nach Stockholmer Privatmeldungen besonders blutig und schwer gewesen sein. Zahlreiche Programme fanden statt. Der Petersburger Militärkommandant soll sich weigern, zukünftig noch Regierungsbefehle durchzuführen. Die Nachrichten der letzten Tage lassen leider darauf schließen, daß in Rußland wieder etwas im Werke ist.

England.

Die Aussichten für England.

Die Frage, ob sich die Fortsetzung des Krieges für England noch lohne, wird in der Wochenschau des Londoner Reederblattes „Fairplay“ vom 5. 6. zu beantworten gesucht und mit den folgenden recht gebündelten Betrachtungen begleitet: „Mit der Einnahme von Bagdad war das politische Ansehen Englands im fernem Osten wieder hergestellt, aber es hat sich herausgestellt, daß das

weitere Vorgehen der Engländer von den Türken aufgehalten worden ist, und so ist es nahezu unvermeidlich, daß England vollständig darüber zu liegen hat. Kann nun die Türkei noch über weitere Truppen verfügen, so wird England gehindert, weiter vorzurücken, und man muß mit einem Rückschlag rechnen. Was aber für Mesopotamien und Syrien gilt, trifft auch für Saloniki zu. Es geht offenbar in Mazedonien nicht weiter vorwärts. Die Verbindung Berlin-Konstantinopel ist immer noch offen, und infolgedessen kann Deutschland vom Osten her immer noch Nachschubmittel bekommen, Englands Verbündeter Rumänien ist mehr als je von den englischen militärischen Hilfsmitteln abhängig. Ich wage gar nicht daran zu denken, was sich ereignen könnte, wenn Rußland einen Sonderfrieden abschließt. Für diejenigen, die einen weiteren Winterfeldzug noch für wahrscheinlich halten, sind die Aussichten nicht günstig. Selbst wenn Italien Österreich auf die Knie zwingen, wenn mit Hilfe der japanischen Flotte das Mittelmeer von den feindlichen U-Booten gesäubert würde, so müssen wir immer noch mit Deutschland fertig werden, und wo haben wir die Leute, um dies zu tun? Das Mannschaftserfüllungsproblem fängt an, sich ernstlich fühlbar zu machen, und es ist nur ein Wunder, daß es sich nicht schon eher gezeigt hat. Wir und unsere europäischen Verbündeten sehen uns offenbar mit Ausnahme von Italien nach dreijährigem Kampf dem Zeitpunkt immer näher gebracht, zu dem wir entscheiden müssen, ob es sich lohnt oder nicht, durch eine mit Hochdruck ausgeübte Offensive die deutschen Armeen noch in diesem Jahre zu werfen, oder zu warten, bis Amerika überwälzende Truppenmassen zusammen mit unseren noch ungeübten Reserven kampfbereit sind. Sicherlich kann der Sieg letzten Endes einzig und allein auf deutschem Boden gegen deutsche Truppen erfochten werden, alle andern Dinge haben einen nebensächlichen Wert. Heute aber sind die deutschen Truppen noch eine Macht, die eine solche Widerstandskraft besitzt, daß der Kampf unentschieden endigen kann.

Gegen den Arbeitszwang

Sprach sich eine Konferenz der Grubenarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter, die 2342000 organisierte Arbeiter vertrat, aus. Sie erklärte, jeden Versuch der Regierung auf Einführung des Arbeitszwanges mit einem Streik zu beantworten.

Der Balkankrieg.

Das neue griechische Kabinett

hat sich nunmehr gebildet; es besteht aus Venizelos und Steuern seines Schlags.

Die Besetzung Griechenlands

durch die Entente geht weiter. Französische Kavallerie besetzte die Stadt Amphissa (Salona).

Eine Schreckensherrschaft der rumänischen Behörden.

Laut „Utro Rossie“ machte der Kommissar der Soldatenräte an der rumänischen Front dem Kriegsminister, wie auch dem Petersburger Arbeiterrat die Mitteilung, daß die rumänischen Behörden am 6. Juni 32 Personen, darunter 7 Sozialisten, wegen angeblichen Hochverrats hinrichten ließen und zahlreiche weitere Verhaftungen vorgenommen hätten. Insbesondere seien Juden verhaftet worden, die vielleicht das gleiche Schicksal erwartet. Er verlangt, daß die russische Regierung gegen diese Verurteilungen, die starke Entrüstung in der Armee hervorzurufen, sofort energische Maßnahmen ergreife.

Die Kämpfe im Orient.

Englische Bomben auf den Ölberg.

Berliner Blätter melden: Sechs englische Flieger warfen am 26. Juni 70 Bomben auf den Ölberg. Glücklicherweise wurden Menschen nicht verletzt. Auch der Sachschaden ist gering.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt hierzu: Dieser Vorfall ist ein neuer, besonders schwerwiegender Beweis dafür, wie England sich über das Völkerrecht und selbst über die jedem Christen selbstverständliche Ehrfurcht vor heiligen Stätten hinwegsetzt, wenn es glaubt, noch so zweifelhafte Vorteile für sich erlangen können.

Der Durchbruch der Kurden an der persisch-mesopotamischen Front.

Der amtliche „Ruskij Invalid“ schreibt: Die Lage an der persisch-mesopotamischen Front, wo die Kurden kürzlich durchbrachen und in der Richtung Kermanschah-Nischanrot-Dokanfir vorrückten, hat sich verschlimmert. Die Kurden sind jetzt bedeutend weiter vorgedrungen bis in das Seengebiet nach der Richtung Hamadan, wo ein tiefer Keil in die russischen Stellungen zwischen Sakat-Harekin geschlagen ist. Die russische Abteilung, welche die Linie besetzt hatte, wurde zum Rückzug gezwungen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Zu den Verhandlungen in Stockholm.

Stockholm, 28. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Das Exekutivkomitee des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bestimmte nach einer hier vorliegenden Mitteilung Ehrlich und Goldenberg, vielleicht auch Sermolajew als Vorbereiter der allgemeinen Konferenz nach Stockholm zu entsenden. Die Besetzung der Genannten soll baldigst erfolgen.

Holländische Kartoffeln in England.

In Rotterdam werden 12000 Tonnen Kartoffeln für England angeboten, abgleich die holländische Bevölkerung ohne Kartoffeln ist. Infolgedessen finden Ausläufe und Stürme auf die Leichter statt, die die Kartoffeln nach den Schiffen bringen.

Der Kommandant und 2 Mann von „S 48“ geborgen.

In einer Reutermeldung wird bekannt gemacht: Der Besatzhaber und zwei Leute von der Mannschaft des Zepplins, am 16. Juni herabgeschossen wurde, kamen lebend herunter und wurden gefangen genommen. Die zwei Mann waren schwer verletzt, so daß man an ihrem Aufkommen zweifelte; aber sie sind am Leben geblieben.

Friedensdemonstrationen in Amerika?

In Stockholm eingetroffene Berichte aus New York melden, daß in Pittsburg, Baltimore und Philadelphia große Friedensdemonstrationen stattgefunden haben. In Pittsburg, wo etwa 60000 Personen daran teilnahmen, soll es zu Zusammenstößen mit den Kriegshetzern und im weiteren Verlauf zu Unruhen gekommen sein. Der Straßenbahnverkehr rührte hier

Der amtliche Kriegsbericht.

Schwere und erfolgreiche Kämpfe im Westen.

WZ. Großes Hauptquartier, 29. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern war nur in wenigen Abschnitten die Feuer-tätigkeit lebhaft.

Heftige Kämpfe spielten gestern zwischen La-Bajee-Kanal und der Scarpe ab. In dem seit längerer Zeit von uns als Kampfgelände aufgegebenen vorstehenden Raum westlich und südwestlich von Lens wurde ein frühmorgens längs der Straße nach Arras vorbereitender Angriff starker englischer Kräfte zum Luftstoß.

Abends griffen mehrere Divisionen zwischen Hulluch und Mericourt und von Fresnois bis nach Gavrelle nach Trommelfeuer an.

Bei Hulluch, sowie zwischen Loos und der Straße Lens-Dreieck wurde der Feind durch Feuer und im Gegenstoß zurückgetrieben. Westlich von Lens kam nach heftigem Kampf mit unsern Vorfeldtruppen ein neuer Angriff der Gegner nicht mehr zur Ausführung. Bei Avion scheiterte sein mit besonderem Nachdruck geführter erster Ansturm völlig. Hier griff er erneut nach Heranziehung von Verstärkungen an.

Auch dieser Angriff wurde durch Feuer und im Gegenstoß zum Scheitern gebracht.

Zwischen Fresnois und Gavrelle rührte der Feind seine anfangs verlustreich in unserer Artilleriewirkung zusammenbrechenden Sturmwellen dauernd durch Nachschub frischer Truppen. Nach erbittertem Nahkampfe setzten sich die Engländer zwischen Dupp und südwestlich von Gavrelle in unserer vordersten Linie fest.

Unsere Truppen haben sich vortrefflich geschlagen. Der Feind hat in der gut zusammenwirkenden Abwehr und im Kampf Mann gegen Mann hohe blutige Verluste erlitten.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames hatten bei Fort de Malmaison, südlich von Courceon und südöstlich von Villes örtliche Vorstöße, östlich von Cerny ein größeres Unternehmen westfälischer Regimenter vollen Erfolg. Hier wurden die französischen Stellungen in über 1000 Meter Breite und ein zehntel langer Tunnel gestürmt und gegen heftige Gegenangriffe gehalten. Im ganzen sind bei diesen Kämpfen über 150 Gefangene und einige Maschinengewehre eingebracht worden.

Auf dem Westufer der Maas kam ein sorgfältig vorbereiteter Angriff am Westhang der Höhe 304 zur Durchführung. Nach kurzer Feuertorbereitung nahmen Posensche Regimenter im kräftigen Anlauf die französische Stellung beiderseits der Straße Malancourt-Esnes in 2000 Meter Breite und 500 Meter Tiefe. Bald einsetzende feindliche Angriffe wurden vor den genommenen Linien zurückgeschlagen.

Heute früh rückte ein württembergisches Regiment im Walde von Roncourt in 300 Meter Breite Stellungsteile der französischen Besetzung. Bisher sind an beiden Eindringstellen über 550 Gefangene gefaßt worden. Die Seite steht noch nicht fest.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine besonderen Ereignisse.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

24 Stunden. Im Anschluß an die Zusammenstöße fand ein einseitiger Streik statt. Auch im Staate Ohio sollen Demonstrationen gegen den Krieg stattgefunden haben. In Chicago fanden Demonstrationen gegen Wilson statt.

Leider ist nicht nachzukontrollieren, ob und inwieweit diese Meldungen zutreffen. Nachrichten, die aus dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten kommen, hat man bisher schon immer ziemlich skeptisch gegenübergestellt. Um so mehr dürfte das jetzt notwendig sein.

Politische Rundschau.

Oesterreich-Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus ergriff Mittwoch in der Beratung über das Ermächtigungsgesetz Ministerpräsident Graf Esterhazy das Wort und sagte: Das Abgeordnetenhaus habe trotz des Gegenwärtigen in der Wahlrechtsfrage, welcher zwischen den Parteien herrsche, sich einheitlich für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erklärt. Er erblide darin den Beweis, daß das ganze Land einhellig willens sei, in dem aufgezwungenen und für den Bestand des einheitlichen ungarischen Staates geführten Krieg unerschütterlich durchzuhalten. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Was insbesondere das Wahlrecht betreffe, so stellte der Ministerpräsident fest, daß nicht ein einziger Redner sich für die Unabhängigkeit des gegenwärtigen Wahlrechtes ausgesprochen habe. Dadurch erhalte die Grundlage des jetzigen Kabinetts als Wahlrechtskabinetts eine wertvolle Kräftigung. Der Ministerpräsident wandte sich sodann gegen die Auffassung, als ob die Wahlreform den Ueberlieferungen der Geschichte zuwiderlaufe und sagte, es sei die wertvollste und edelste Ueberlieferung der ungarischen Nation, welche, angefangen von den Reformen des Heiligen Stefan, stets dem Geist des Fortschritts gehuldet habe. Er sei überzeugt, daß die Wahlreform beitragen werde, die Entwicklung des Landes und die Stellung der Nation in Europa zu fördern. Die Wahlreform werde von der ganzen Welt als Beweis für die Kraft und soziale Reife der ungarischen Nation angesehen werden. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.) Die Vorlage über das Ermächtigungsgesetz wurde mit der Veränderung, daß sie bloß auf vier Monate statt der von der Regierung geforderten sechs Monate

Gültigkeit haben solle, mit 141 gegen 127 Stimmen angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis, welches für die oppositionelle Tisza-Partei eine Mehrheit von 14 Stimmen ergibt, wurde seitens der Regierungspartei mit den ironischen Rufsen aufgenommen: „Das ist also die großartige Mehrheit, wo sich die übrigen 100 Mitglieder der Abstimmung ferngehalten, was als Zeichen aufgefaßt wird, daß diese 100 mit der oppositionellen Haltung Tiszas nicht einverstanden sind.“

Für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht demonstrierten am Mittwochabend in Budapest 25000 Personen in einer von der sozialdemokratischen Partei einberufenen Volksversammlung. Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte der Minister des Innern, Ugron, auf eine oppositionelle Anfrage über diese Kundgebung: „Sämtliche Redner, die während der Kundgebung sprachen, ermahnten die Ordnung aufrechtzuerhalten. Diese Mahnung wurde auch von der organisierten Arbeiterschaft genau befolgt. Insbesondere verübten kleinere Trupps Ausschreitungen und schlugen Schaufenster ein. Die Polizei hat diese pöbelhaften Ausschreitungen, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft als gegen die Kundgebung gerichteten Frevel auf das entschiedenste verurteilt, in Nichtbeachtung der Meinung des Ministers nicht zu verhindern gesucht. Die Oberstadthauptmann hat im Gefühl der Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen seine Entlassung angeboten, die auch angenommen wurde. Die Regierung beabsichtigt, für den durch die Ausschreitungen angerichteten Schaden Entschädigungen zu gewähren.“

Niederlande.

Die Thronrede, mit der gestern die Tagungen der beiden Häuser eröffnet wurden, besagt u. a.: „Wenn der von Millionen Menschen feurig gewünschte Friede in diesem Jahre ausbleiben wird, dann werden fortgesetzt vielerlei Opfer von dem niederländischen Volke verlangt werden müssen. Im Gedenken an das, was in diesen Zeiten anderen Völkern auferlegt ist, vertraue ich darauf, daß diese Opfer bereitwillig dargebracht werden. ... Unsere Beziehungen zu allen auswärtigen Mächten bleiben günstig. Es ist vielerlei, was zur Dankbarkeit stimmt, aber trotzdem erkennen wir nicht, daß, solange der Krieg währt, Gefahren unser Land bedrohen, und unser Volk noch gerufen werden kann, seine äußerste Kraft einzusetzen für seine Freiheit und seine Unabhängigkeit; daß Gott uns davor behüten möge, das ist mein innigstes Gebet.“ Ueber die innere Politik der Niederlande sagte die Thronrede nur, daß die Wahlrechtsreform und die Schulreform, die beide schon in der vorigen Sessionsperiode begonnen wurden, die einzigen Aufgaben für die neue Kammer session bilden werden. Der finanzielle Zustand sei dank der neuen Steuern nicht besorgniserregend, aber eine ansehnliche Erhöhung der Staatseinnahmen sei unvermeidlich.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 29. Juni.

Die Tagesordnung der nächsten Bürgerchaftssitzung ist noch um folgende Gegenstände berichtigt worden: Resolution der Lübecker Gewerkschaften, betreffend die hiesige amtliche Jugendfürsorge. Antrag Senf: Welche Maßregeln denkt der Senat zu ergreifen, um dem Ueberhandnehmen der Felddiebstähle vorzubeugen?

Zweierlei Dinge sind den alldeutschen Heimeroberern besonders unangenehm: die sozialdemokratischen Friedensbestrebungen und das immer nachdrücklicher und bestimmter sich geltend machende Verlangen nach einer Demokratisierung der deutschen Reichs- und Staatseinrichtungen. Die von Millionen Menschen tief bedauerte Tatsache, daß die Stockholmer Verträge zu einer internationalen Verständigung der Völker zum Zwecke der baldigen Beendigung des ungeheuerlichen Massenmordes bisher nicht zu dem gewünschten Resultat geführt haben, gibt den „Lübeckischen Anzeigen“ von gestern Abend Veranlassung, triumphierend von einem „zweifelsfreien Fiasko Scheidemanns in Stockholm“ und von einem „völligen Verlagen seiner internationalen Politik“ zu schwadronieren. Wenn auch den Friedensbemühungen der deutschen Sozialdemokratie der beabsichtigte Erfolg noch nicht beschieden war, so haben sie doch schon recht aufklärend und nützlich gewirkt, und immer weitere Volkskreise sind von ihrer Zweckmäßigkeit und Nichtigkeit fester denn je überzeugt. Auch die Alldeutschen wissen das ganz genau; sie sehen, wie ihnen der Boden unter den Füßen schwindet, wie ihre kriegsverlängernden Eroberungspläne von immer weniger Leuten ernst genommen werden. Deswegen reden sie vom Fiasko anderer.

Dann die Vermehrung der Volksrechte. Die paßt den Alldeutschen ebenso wenig wie ein baldiger Verständigungsfrieden. Nun hat der „Vorwärts“ dieser Tage zum Ausdruck gebracht, daß das Volk vom Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstages erwarte, daß er sich für die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes in seiner nächsten Sitzung ausspricht. Das wäre eine weithin sichtbare Tat, und zugleich ein Weg, um aus den äußeren und inneren Verlegenheiten herauszukommen. Begreiflicherweise ist eine solche Tat nicht nach dem Herzen und Willen der Reaktionsäre, die sich viel sicherer im Sattel fühlen, wenn das Volk möglichst wenig mitsprechen hat. Und so kann man denn in den „Lübeckischen Anzeigen“, welche seiner Zeit die Osterbotschaft mit der trefflichen Ueberschrift „Der Kaiser für die Freiheit“ verfaßten, die Hoffnung oder besser gesagt Erwartung finden, daß der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstages sich nicht für die Freiheit aussprechen wird. Damit würde er den Kriegsfreunden in allen Lagern allerdings einen großen Gefallen tun; an dem Willen des Volkes nach Demokratie und Frieden aber nichts ändern!

Höchstpreis für Eisen und Stahl. Die ständigen Preissteigerungen auf dem Eisen- und Stahlmarkt haben es als notwendig erachtet lassen, im ganzen Reiche der württembergischen Preisbildung durch Festsetzung von Höchstpreisen eine Grenze zu ziehen. Dies ist durch die gestern im Anzeigenteil veröffentlichte Verordnung für den Bereich des K. L. R. geschehen. Dabei ist den etwaigen Preisschwankungen insofern Rechnung getragen, als eine Neufassung der jeweils bestehenden Preisliste, die beim Vortragen des Kriegsministeriums beim Deutschen Stahlbund aufgelegt vorzulegen bleibt. Alles Nähere ergibt die getriggerte Anzeige.

Für Frühkartoffeln hat das Polizeiamt jetzt einen Höchstpreis festgesetzt, der mit dem 1. Juli in Kraft tritt: er beträgt 45 Pf. für 2 Pfund Kartoffeln. Es ist zu wünschen, daß er bald ermaßigt wird.

Der Parteiauschuß

hat am Dienstag, dem 26. Juni, im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen.

Vorsitzender Ebert begründete die Notwendigkeit seiner Einberufung. Statutgemäß habe der Parteiauschuß an der Festlegung der Tagesordnung des Parteitages, der Bestellung der Referenten usw. mitzuwirken. Durch Umfrage habe sich das nicht erledigen lassen. Ebert schlägt vor, die Tagesordnung der Sitzung folgendermaßen festzusetzen:

1. Bericht über die Stockholmer Verhandlungen;
2. Stellungnahme zum Parteitag;
3. Sonstiges.

Den Bericht über Stockholm erstattet Scheidemann: Die Wägen der ganzen Menschheit sind jetzt nach Stockholm gerichtet. Man erwartet jetzt von Stockholm und den Sozialisten, was man bisher von den Regierungen leider vergeblich erwartet hat: den Frieden. Ob die Stockholmer Verhandlungen den Erfolg haben werden, uns dem Frieden näher zu bringen, wer kann das wissen? Die bisherigen Verhandlungen in Stockholm sind nicht so verlaufen, wie wir das gewünscht hätten, aber viel besser, als manche von uns befürchtet haben. Viele Kräfte sind am Werke, die Friedensarbeit in Stockholm zu vereiteln. Das erbärmlichste Beispiel dafür sind die Artikel der „Leipziger Volkszeitung“, welche angeblich die Wahrheit über unsere Friedensarbeit verkünden sollen. Der unabhängige Verfasser, dem offenbar noch nicht genug Blut geflossen ist, hätte eine Fierde der nunmehr erledigten russischen Geheimpolitik werden können. In dem Augenblick, wo man endlich darauf rechnen kann, wenigstens einige der sozialistischen Parteien wieder zusammen zu führen, schleudert dieser führende Mann der Unabhängigen seine unsauberen Manuskripten in den Saal, die er mit allerlei Verleumdungen bekräftigt hat. Als Dokument fanatischer Hasses und als Gipfelpunkt politischer Verlogenheit werden diese beiden Aufsätze für zukünftige Historiker dieser Zeit wertvolles Material bieten. Ich möchte jedenfalls darüber reden, wollte ich alle Verdächtigungen und Unwahrheiten auflären und zurückweisen. Ich will mich mit zwei Beispielen begnügen. Da ist zunächst mein bekannter Glückwunsch an meine Solinger Wähler vom Neujahr 1915. Daraus wird der Teiljahrgang... wir wollen die Absichten unserer Gegner zu Schanden machen, wir wollen siegen“ herausgegriffen. Damit war klipp und klar gesagt, daß unser Sieg darin bestehen soll, daß wir die Absichten der Gegner vereiteln. In der „Leipziger Volkszeitung“ aber wird dem Satz eine längere Darlegung vorausgeschickt, der zufolge die Menschheit lange Zeit einen Sieg im Sinne der Menschheit erlitten habe! Als angeblicher Beweis für unsere Verleumdungsgelüste wird aus meinem Satz das Wort „Sieg“ hervorgehoben. Wie blödsinnig diese Auslegung ist, beweist der einfache Hinweis auf unsere vorhergegangenen Erklärungen vom 4. August und 2. Dezember 1914, in denen mir jede Eroberungspolitik weit von uns weisen. In zahlreichen Reden und Artikeln habe ich auseinandergesetzt, daß unser größter Sieg darin bestehen werde, die gegnerischen Pläne zu vereiteln. Weiter legt die „Leipziger Volkszeitung“ in ihren Artikeln dar, ich hätte im März 1915 nicht gewagt, über den Frieden zu sprechen und erst Saase habe gesagt, was nötig gewesen sei. Tatsächlich hat Saase am 10. März zur auswärtigen Politik gesprochen, und zwar im Auftrage der Fraktion, die seine Rede ausdrücklich festgelegt hatte. Ich habe dann nach Saase am 17. März wiederum im Auftrage der Fraktion über die innere Politik zu sprechen gehabt. Ich habe meine Rede so angefangen: „Was zur auswärtigen Politik zu sagen war, hat neulich mein Parteifreund Saase ausgeführt und ist in den Erklärungen der Fraktion vom 4. August und 2. Dezember niedergelegt. Es ist seitdem kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, davon in geringem abzuweichen.“ Was hat die „Leipziger Volkszeitung“ aus diesem einfachen Tatbestand zusammengefaßt! Ihre Zitate sind aus dem Zusammenhang herausgerissen, und zwar um besser auf die Urteilslosen zu wirken, ohne daß auf die politische Situation irgend eine Rücksicht genommen wird, in der so oder anders gesprochen wurde. Wichtig ist an der ganzen „Enttarnung“ nur das eine, daß wir mehrfach in der Fraktion abgelehnt haben, zu bestimmten Zeiten im Reichstage über den Frieden zu sprechen, nämlich dann, wenn es nach der militärischen und politischen Lage Wahnsinn gewesen wäre und dem Frieden nur geschadet hätte. Zu derselben Zeit, als wir es ablehnten, im Reichstage bestimmte Dinge auszusprechen, haben wir sie hundertfach in Volksversammlungen gesagt. Es kommt darauf an, wo und wann man ein Wort spricht. Praktische Politik ist nicht unabhängig von Raum und Zeit. Es kann Pflicht für uns sein, das gleiche vier- oder fünfmal im Reichstage und hundert-

mal in Volksversammlungen zu sagen, aber es könnte unter Umständen ein Verbrechen oder eine Gesei sein, es auch nur ein zweitesmal zu wiederholen. Wir sind immer energisch für einen Frieden der Verständigung eingetreten. Wir haben niemals Grundzüge preisgegeben. Aber Sozialist sein, heißt nicht ein Papagei sein, der immer dieselben Formeln herunterbetet. Wir tragen für unsere Taktik die Verantwortung vor dem Land und vor der Geschichte. Wir haben uns stets nach der jeweiligen Situation zu richten.

Das Zustandekommen der Stockholmer Konferenz begegnete großen Schwierigkeiten und wäre ohne Borgbjergs Mitwirkung vielleicht gar nicht gelungen. Welches Mitwirken hat man in der ganzen Welt gegen die deutsche Sozialdemokratie zu erwecken gesucht! Man hat uns als die eigentlichen Kriegswüterer, als die gehorhames Diener des deutschen Imperialismus hinzustellen gesucht. Die Denkschrift, die wir über unsere Friedensarbeit in Stockholm überreicht haben, wird manches Mißverständnis und viele darauf begründete Vorurteile hoffentlich zerstören. Freilich beginnt das Falsche und Verleumdungen schon wieder. Aus der Bemerkung des „Vorwärts“, daß die Stockholmer Zusammenkunft der erste Triumph der Friedensbewegung sei, macht die französische Presse, der „Vorwärts“ habe von einem ersten Triumph Deutschlands geschrieben. Auch unser Memorandum von Stockholm ist auf dem Umwege über die englische Presse durchaus unzutreffend nach Frankreich übermittelt worden. Die englische Arbeiterbewegung hat ja leider kein politisches Organ und kaum ein Gewerkschaftsblatt mit irgend welchem eigenen Nachrichtenendienst. Die bürgerliche Entente-Pressen läßt und schwindelt, und die „Humanität“ unterdrückt und verschweigt vieles. Ueber unsere Arbeit berichtet sie in der Aufmachung des gewissenlosen „Homo“-Grumbach, und da können Sie sich ja denken, welches Bild entsteht. Allen diesen Treibereien kommt nun der Manuskriptenschreiber der „Leipziger Volkszeitung“ mit seinen Verleumdungen und Fälschungen zu Hilfe. Es ist gar nicht zu ermaßen, wieviel Blut an den Fingern dieser Biederwänner klebt. Ohne sie wäre es vielleicht früher gelungen, die Internationale zusammen zu bringen, und dann hätte der Menschheit viel Blutvergießen erspart bleiben können.

Scheidemann gibt dann eine ausführliche Darstellung der Reise Borgbjergs nach Petersburg. Obwohl Borgbjerg als neutraler Sozialist, dänischer Journalist und Vertreter allgemeiner Menschheitsinteressen kam, war seine Mission recht schwierig. Aber die authentischen Mitteilungen, die er uns über unsere Friedensbemühungen machen konnte, sind doch sehr wertvoll gewesen. Die erste Frage, die ihm von den russischen Genossen gestellt wurde, war die, ob der Reichskanzler mit unseren Erklärungen einverstanden sei. Da zeigte sich sofort, wie unglaublich falsch man im Auslande über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie unterrichtet ist. Borgbjerg hat die russischen Genossen gründlich darüber aufgeklärt, daß wir mit dem Kanzler nichts zu tun haben, daß wir weder Regierungspartei noch Mehrheitspartei sind. Eine weitere Frage der Russen ging dahin, ob andere Parteien mit uns gleicher Meinung seien. Borgbjerg antwortete, daß zweifellos nicht unbedeutende Teile des deutschen Volkes ebenso dächten wie wir. Er dachte dabei an Männer wie Theodor Wolff usw. Weiter fragten die Russen, ob es in Deutschland in absehbarer Zeit eine Revolution geben werde, ob damit sicher zu rechnen sei. Borgbjerg erwiderte, seiner Ueberzeugung nach würde während des Krieges in Deutschland ganz gewiß keine Revolution eintreten, weil das ganze Volk darin einig sei, daß es sich seiner Haut wehren müsse. Ob nach dem Kriege revolutionäre Bewegungen eintreten würden, werde vom Ausgang des Krieges und der Gemühdung demokratischer Kräfte abhängen. Die Russen dürften nicht glauben, daß in Westeuropa eine Revolution wie bei ihnen möglich sei; eine solche hätte doch auch — um das ihm am nächsten liegende Beispiel anzuführen — in Dänemark, das demokratisch regiert werde, gar keinen Sinn; nur eine soziale Revolution könne für die Weststaaten nach in Betracht kommen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat dann nach der Sitzung, in der Borgbjerg empfangen wurde, noch ohne ihn über diese Fragen beraten, und einer seiner Beauftragten hat Borgbjerg später mitgeteilt, daß seine Wünsche geglikt sei: der Rat sei bereit, zur Herbeiführung des Friedens im Sinne der Internationale und der Wünsche des holländisch-skandinavischen Komitees mitzuwirken; er werde allerdings eine sozialistische Friedenskonferenz selbst einberufen. Borgbjerg betonte, daß diese Konferenz nicht im Gegensatz zu den Bemühungen des holländisch-skandinavischen Komitees stehen wird.

Scheidemann sprach dann über die gegenwärtige Lage in Rußland. Es könne nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß sich die Sache des Arbeiter- und Soldatenrats konsolidiere. Darauf deutete die mit ungeheurer Mehrheit erfolgte Bewilligung der sogenannten Freiheitsanleihe hin; die russischen Genossen hätten

damit Kriegskredite bewilligt, weil sie der Meinung seien, daß es sich lohne, das neue Rußland zu verteidigen. Sie hätten sich damit auf den gleichen Standpunkt gestellt, den die deutsche Sozialdemokratie Deutschland gegenüber eingenommen habe.

Scheidemann berichtete dann eingehend über die Verhandlungen in Stockholm selbst, die bereits aus der Presse zum Teil bekannt sind. Er hob hervor, daß nicht Branting, sondern Troelstra bei den Verhandlungen mit der deutschen Delegation den Vorfuß geführt habe. Davids ausgezeichnete Rede sei nicht ohne Eindruck geblieben; die Delegation habe beschloffen, sie im Druck erscheinen zu lassen und allen Delegierten zugänglich zu machen. Unter den Worten Annexionen, Entschädigung, Wiederherstellung denke ich jeder etwas anderes; durch die Stockholmer Verhandlungen und durch unser Memorandum sind die Fragen einer erfreulichen Klärung entgegengeführt und eine Unterlage für die weiteren Verständigungsbemühungen geschaffen worden. Besonderen Wert haben wir darauf gelegt, durch dokumentarische Darlegung unserer Friedensarbeit die Mißverständnisse und unfaßbaren Vorurteile gegen uns zu verzerren. Wir hoffen, daß die genaue Darlegung unserer unermühten Arbeit für den Frieden auch im Auslande allmählich die Wahrheit zum Siege führen wird; denn wir wollen bei niemandem bösen Willen annehmen. Unsere Darlegung wird auch die anderen sozialistischen Parteien veranlassen müssen, sich über ihre Tätigkeit für den Frieden auszusprechen, wie das Thomas ja für die französische Sozialdemokratie schon in Aussicht gestellt hat. Vielleicht können wir dann auch in diesem oder jenem Punkte unser Urteil über die Haltung der französischen oder englischen Sozialdemokratie während des Krieges modifizieren.

Scheidemann faßte sein Urteil über Stockholm dahin zusammen, daß zunächst viele Hindernisse des gegenseitigen Verständnisses aus dem Wege geräumt seien. Die deutsche Delegation habe ihre Schuldigkeit getan und alles geleistet, was in ihren Kräften stand. Sie glaubt gute Arbeit geleistet zu haben und ist entschlossen, auf diesem Wege weiter zu gehen. Nun muß auch die Regierung offen Farbe bekennen; es war falsch von ihr, hofenweise von acht zu acht Tagen den Russen ein günstigeres Sonderangebot zu machen. Auch darf sie nicht länger zögern, vor aller Welt durch die Tat zu beweisen, daß es ihr mit der Reorientierung ernst ist. Wir brauchen vollkommene politische Freiheit, um das Mitwirken des Auslandes gegen die deutschen Erklärungen und Absichten zu überwinden. Wir hoffen, daß der Parteiauschuß unsere Arbeiten anerkennen wird. Den Verständigungswillen zu kräftigen, scheint uns noch immer der einzige Weg zu einem neuen Frieden, und ihn müssen wir gehen, unbesümmert um das Geschrei von rechts und links. Arbeiten wir weiter für den Frieden, für Brot und Freiheit! (Leb. Zustimmung.)

In der Debatte sprachen Baudert-Weimar, Severing, Bielefeld, Löbe-Breslau, Auer-München, Dr. David, König-Darmstadt, Richard Fischer-Berlin, Reichhaus-Erlurt, Haberland-Düsseldorf, Frey-Hannover, Gehle-Danzig, Körner-Ludwigshafen, Reil-Stuttgart und Dr. Gradnauer-Dresden.

Mehrere Redner sprachen der deutschen Delegation in Stockholm ausdrücklich ihren Dank aus für die energische Vertretung der Interessen Deutschlands und des Friedens. Auf Anregung Löbes gab Ebert die Erklärung ab, das deutsch-Memorandum von Stockholm werde vom Parteivorstand als Flugchrift zugleich mit der Widerlegung der Leipziger Lügen herausgegeben werden. Eine weitere Anregung Löbes, auch die Materialsammlung über die Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht nur deutsch und russisch herauszugeben, sondern auch in französischer Sprache zugänglich zu machen, soll gleichfalls Beachtung finden.

Im übrigen war die Debatte eine ernste und eingehende Prüfung der politischen Gesamtlage, der Friedensfrage, des Ernährungsproblems und der Aufgaben auf dem Gebiete des Verfassungsrechts. Sie fand ihren Abschluß nach einem Schlußwort Scheidemanns in der einstimmigen Annahme folgenden von Löbe beantragten Beschlusses:

Der Parteiauschuß spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der deutschen Delegation auf der Stockholmer Vorconferenz sein Einverständnis mit der gesamten Tätigkeit der deutschen Delegierten aus und stimmt den Leitlinien zu, welche sie über die Stellung der deutschen Partei zum Verständigungsfrieden abgegeben hat. — Der Parteiauschuß erucht die deutsche Delegation, die Arbeiten bis zur Hauptversammlung in Stockholm nach Kräften zu fördern.

Über den Parteitag berichtet Ebert: In der vorigen Sitzung des Parteiauschußes war eingehend die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachgewiesen worden, den Parteitag so schnell als möglich einzuberufen. Der Vorstand hat in einem Kundensreiben dem Parteiauschuß den Vorschlag einer Tagesordnung unterbreitet und versucht, die Angelegenheit durch eine schriftliche

Es fauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.
Von Dorothy Richardson.

Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

20. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Mintie“, sagte sie, „zeig dem jungen Mädchen den Weg zur Wohnstube und sag Mrs. Kumlen, sie solle gleich mal zu mir herkommen.“

Die Kleine, die dabei gewesen war, der Dame die Stiefel anzuhängen, erhob sich und schritt zur Tür, während sie mir bedeutungsvoll zugewinkelte. Ich stand ruhig vor Mrs. Pfitzblatter und wartete.

„Sie können dann jetzt also gehen“, sagte sie und winkte mir mit der Hand.

„Entschuldigen Sie“, begann ich, durch das Augenzwinkern der Kleinen kühn geworden und erstaunt, daß ich meine fünfzehn Cent erst zurückverlangen mußte, „aber ich habe Ihnen ein 25-Centstück gegeben.“

„Und haben fünfzehn zurückgehalten, liebes Kind“, sagte sie freudlos, aber bestimmt.

„Berzählen Sie, aber Sie irren sich. Ich habe nichts zurückgehalten“, sagte ich ebenso bestimmt und sah sie fest an.

„Sehen Sie nur mal in Ihrer Geldbörse nach!“

„Das ist nicht notwendig“, sagte ich, „aber wenn es Ihnen Spaß macht, so kann ich ja tun.“ Und ich nahm die drei anderen 25-Centstücke heroor und zeigte ihr dann, daß die Börse leer sei.

Mrs. Pfitzblatter wiegte bedächtig den Kopf und sah keineswegs überzeugt aus; aber ich ließ mich dadurch nicht beirren, denn ich war jetzt entschlossen, mir die paar Cent, welche ich noch hatte, nicht auch noch abshawindeln zu lassen.

Es wurde ganz stille im Zimmer. Die beiden Kleinen sahen bald auf Mrs. Pfitzblatter und bald auf mich und schienen sich Unmöglich zu amüßieren.

Endlich schienen Mrs. Pfitzblatter begriffen zu haben, daß ich nicht nachzugeben gewillt sei, und sie nahm ihr Täschchen vom Tisch und reichte mir meine fünfzehn Cent, fügte jedoch hinzu, daß ein Teilum ihrerseits völlig ausgeschlossen sei.

Sobald wir zur Tür hinaus waren, griff Mintie nach meiner Hand und drückte sie kräftig.

„Das freut mich jetzt wirklich einmal!“, flüsterte sie, während wir die Treppe hinabgingen. „Sie macht es nämlich mit einer kleinen Krone, und die meisten bekommen eine solche Krone vor sich, daß sie ihr das Geld auch wirklich lassen!“

Wänden, dessen ganze Ausstattung aus einigen an den Wänden entlang laufenden Bänken, einem Schaukelstuhl und unzähligen Biblischsprüchen bestand. In dieser sogenannten Wohnstube war eine ganze Schar von kleinen Mädchen versammelt; sie saßen entweder trübselig nebeneinander auf den Bänken oder rutschten auf der Diele umher oder balgten sich um einen Platz auf dem heiß-begehrten Schaukelstuhl.

Als wir eintraten, hielt der Schaukelstuhl in seiner Bewegung inne und eines der Kinder sprang ab. Es war Julia. Sie kam auf mich zu, und im nämlichen Augenblick stürzten die anderen, die bis dahin auf den Bänken gesessen hatten, zum Schaukelstuhl, wo eine wilde Rauferei um die Frage begann, wer nun berechtigt sei, Julias Platz einzunehmen.

„Nun, wie ist es gegangen?“ fragte die kleine Julia. „Sind Sie auch hereingefallen?“

Ich hatte keine Lust, auf ihre Frage zu antworten, sondern fragte sie anstatt dessen nach ihr selbst und nach ihren Kameradinnen, wer sie seien, warum sie hier seien und wo sie herkämen.

„Ja, weißt du das denn nicht?“ fragte sie erstaunt. „Wir sind das Rad.“

„Was meinst du damit?“

„Na, das Rad also!“

„Ja, was soll das denn heißen — „Rad“?“

„Was das heißen soll? Das Rad sind die, welche keine Eltern haben oder ihre Eltern nicht kennen“, sagte Julia, indem sie mit ihrer weissen Hand neuerdings über mein Kleid strich.

Sie hatte sich neben mich auf die Bank gesetzt, und als ich die Erklärung des Wortes „Rad“ gehört hatte, überkam mich ein tiefes Mitgefühl, so daß ich den Arm um sie legte, während sie, wie die Kinder zu tun pflegen, die Augen schloß und ihren Kopf an meine Brust legte.

„Ja, aber wenn ihr doch weder Vater noch Mutter habt“, fragte ich noch einmal an, „so seid ihr doch darum nicht, wie du sagst, „Rad“, sondern ihr seid einfach elternlos.“

Julia erhob den Kopf und sah mich lange erstaunt an. „Aber elternlos?“ fragte sie. „Wirklich?“ Aber, nein, das stimmt ja nicht. Siehst du, wir, also ich, Marie und Mintie, die droben bei der Alten waren, wir sind wirklich elternlos. . . wir haben niemals weder Vater noch Mutter gekannt. Ebenso die im Schaukelstuhl drüben. . . Wir sind also wirklich das Rad; wir kommen aus einem Kinderheim.“

Im gleichen Augenblick trat eine dicke, schwarzgekleidete Frau ein und alle Kinder stürmten auf sie zu und hängten sich an ihre Arme oder, wenn sie nicht so hoch hinaufreichen konnten, wenigstens doch an ihre Schürze.

Sie kam auf mich zu und sagte, sie heiße Mrs. Kumlen; ihre

Stimme klang heiser und athmatisch, aber sie hatte ein liebenswürdiges und heimgedenes Wesen.

Sie schob die Kinder von sich und redete ihnen gut zu, sie müßten sich wieder auf die Bänke an der Wand setzen; dann führte sie mich in den Schlafsaal hinauf und zeigte mir mein Bett, den Toilettenraum und das Bad. Einmal in der Woche durfte ich dort baden. Am Samstag früh, sagte sie, müßt ihr alle aufstehen, und bis spätestens halb sieben Uhr müßt ihr das Haus verlassen haben, ohne vor der Schlafenszeit wieder zu kommen.

Sie rierte das alles wie eine Maschine herunter, in einem einformigen, geschäftsmäßigen Tone, der gar nicht zu ihrem Gesicht und zu ihrem Wesen zu passen schien.

Die Kleinen hatten um sieben Uhr zu Bett zu gehen. Die beständigen Nachtgäste um zehn; außerdem war das Heim für zwanzig Gäste noch von sieben bis zwölf Uhr abends geöffnet.

Sie war eine Art Haushälterin und bekleidete die Stellung im Arbeiterinnen-Heim nun bereits im dritten Jahre. Nach und nach erfuhr ich, daß das „Heim“ eigentlich ein „Kinderheim“ hätte sein sollen, dann aber in ein „Arbeiterinnen-Heim“ umgestaltet worden war, weil die Erfahrung lehrte, daß ein solches bei weitem einträglicher war.

Wem das Haus eigentlich gehörte, wußte sie nicht; sie wußte nur, daß von Zeit zu Zeit allerlei vornehme Damen in prächtigen Autos vorgefahren kamen, durch die Schlaf- und Speisesäle gingen und dann wieder in ihren Autos davonjahren.

Die Inspektorin, Mrs. Pfitzblatter, leitete das Heim nur beizweilen seit vier, fünf Jahren; außerdem waren in ihm mehrere Lehrerinnen tätig, die die Kinder zu unterrichten hatten. — Was sie lernten? Nun, sie lernten Lesen, Schreiben, Rechnen und — da Mrs. Pfitzblatter das für ihren künftigen Lebensweg als höchst notwendig ansah — in erster Linie — Religion. Waren die Kinder dann schließlich groß und kräftig genug, so kamen sie von Mrs. Pfitzblatter in eine Nähstube oder Waschanstalt, wo sie zu nähen oder zu waschen lernten. . .

Mrs. Kumlen brachte das alles in einem so ruhigen und gemüthlichen Ton vor, daß ich allmählich doch besser über das „Arbeiterinnen-Heim“ zu denken begann. Schließlich — Mrs. Pfitzblatter hatte ja auch gerade mal zerstreut oder schlechter Laune sein können . . . man weiß doch, wie es einem selbst bisweilen geht . . . Und es war ja auch eigentlich gar nicht anzunehmen, daß sie die Absicht gehabt haben sollte, sich gerade an meinen armen fünfzehn Cent zu bereichern. . .

Ich erfuhr erst später, daß das „Arbeiterinnen-Heim“ eine Nähstube und eine große Waschanstalt unterhielt, daß es markt-tägliche Reklamen in allen großen Tageszeitungen erließ und — mit gutem Recht nicht — behauptete, billiger arbeiten zu können als jegliche Konkurrenz. . .

(Fortsetzung folgt.)

Rundfrage zu erledigen. Die Tagesordnung war wie folgt vor-

- 1. Bericht des Vorstandes; a) Allgemeines (Ebert), b) Rasse (Braun).
2. Bericht der Kontrollkommission (Brühne).
3. Bericht der Reichstagsfraktion (Dr. David).
4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Scheidemann).
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Der Versuch mit der schriftlichen Rundfrage ist mißglückt. Es gab eine Reihe Einwendungen gegen die vorgeschlagene Tagesordnung. Breslau schlug vor, die Punkte 4 und 5 vor den Punkten 1 und 2 zu verhandeln. Es müßte unter allen Umständen vermieden werden, daß der innere Parteifreie in den Vordergrund der Verhandlungen getreten werde. Man habe den Parteifreie nicht so häufig am Schluß der Verhandlungen beraten werden. Dasselbe Auffassung ist von einer ganzen Reihe Redner in der letzten Sitzung vertreten worden. Der Parteivorstand wünscht auch möglichst wirkungsvolle Parteitagungsverhandlungen. Es ist aber nicht möglich, die agitatorische Wirkung des Parteitages dadurch zu erhöhen, daß man die Berichte der Parteileitung an den Schluß der Tagesordnung setzt. Mag die Verhandlung noch so harmonisch beginnen, wenn sie ausläuft in Mißklang, dann ist der erste gute Eindruck ausgelöscht. Deshalb empfiehlt es sich, an der Reihenfolge der Tagesordnung nichts zu ändern. Die Ernährungsfrage oder die Friedenssicherheit zu besonderen Tagesordnungspunkten zu machen, wie es von einigen Bezirken empfohlen wird, ist nicht ratsam. Beide Fragen bilden den Hauptteil der Tätigkeit der Parteileitung und der Fraktion, deshalb müssen sie in deren Berichten behandelt werden. Einen Korreferenten zum Fraktionsbericht kann der Fraktionsvorstand nicht beauftragen. Die Fraktion ist in der Beurteilung der meisten Fragen durchaus einig. Die Stellung zu den Kriegskrediten ist bereits auf der Reichskonferenz eingehend besprochen. Mühsicht hier ein Vertreter der Minderheitsauffassung verlängerte Redezeit, so wird der Parteitag dem nicht widersprechen. Weiter ist angeregt worden, für die Tätigkeit der Fraktion für die Soldaten einen besonderen Referenten zu bestellen. Im schriftlichen Bericht soll dieser Punkt von einem Spezialisten besonders behandelt werden. Außerdem werden wir die dazu erschienenen Presseartikel des Genossen Stücklen als Broschüre hinausgeben. Die Zukunftsaufgaben der Partei sollen unter Punkt 4 der Tagesordnung behandelt werden. Das ist schon lange dringend notwendig. Bisher hat uns der Parteifreie leider immer wieder von dieser Arbeit abgedrängt. Hier ist viel verdrümt. Jetzt aber muß unter allen Umständen die Stellung der Partei zu diesen entscheidenden Fragen präzisiert werden. Um die Behandlung dieses Themas recht wirksam zu gestalten, sind dazu besondere Vorbereitungen getroffen. Das Hauptthema wird in vier Untergruppen gegliedert. Für die Gruppe soll ein besonderer Berichterstatter bestellt werden, und zwar: Demokratisierung: Landsberg, Wirtschaftspolitik: Cunow, Finanzpolitik: Reil, Sozialpolitik: P. Wiffel. Viele vier Berichterstatter sollen schriftliche Berichte geben, die spätestens drei Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht werden. Der Berichterstatter zu Punkt 4 der Tagesordnung soll dann auf dem Parteitag die Materie und das Ergebnis der vorhergehenden Diskussion zusammenfassend behandeln. Die praktische Durchführung dieses Vorschlages ist sehr wohl möglich und gesichert. Das Verlangen, diese Themas einzeln auf dem Parteitag zu behandeln, läßt sich in Rücksicht auf die Zeit nicht durchführen. Ob für die einzelnen Gebiete ständige Studienkommissionen eingesetzt werden sollen zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen nach dem Parteitag, kann noch erwogen werden. Hannover wünscht, die Abänderung des Organisationsstatuts auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Gesamtrevision des Statuts sei aber nicht notwendig. Einzelanträge könnten bei Punkt 5 der Tagesordnung behandelt werden. Wir halten also an der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung fest. Sie entspricht nach unserer Auffassung am besten den großen Aufgaben, die der Parteitag zu erfüllen hat. Als Ort des Parteitages schlagen wir Nürnberg vor. Die Voraussetzung für gute Erledigung der Parteiarbeiten sind dort gegeben. Wir hoffen, daß der Nürnberger Parteitag der Ausgang neuer Vorstöße und neuer Erfolge für die Partei sein wird. (Beifall.)

Löbe (Breslau) begründet den Antrag, den Reichstagsbericht des Parteivorstandes und der Fraktion nicht an den Anfang, sondern an den Schluß der Tagesordnung zu setzen. Es sei nicht gut, mit dem Parteifreie zu beginnen. Wir sollten mehr als bisher auf die agitatorische Wirkung unserer Parteitagsreden achten. Haberland (Eberfeld) fragt nach der Stellung des Parteivorstandes zum Bunde der Kriegsteilnehmer und Kriegsbekämpften, und legt an, auch den finanzschwachen Kreisen die Delegation zum Parteitag zu ermöglichen. Andere Disziplinarener schließen sich dieser Forderung an. Meyer (Kärnting) bekämpft den Antrag Löbe und befürwortet weiter die Zuschlagung des Parteiaussschusses zum Parteitag. Srey (Hannover): Uns kommt es nicht auf die Zuschlagung des Parteiaussschusses zu diesem einen Parteitag an, sondern darauf, daß er beschlagrecht und damit einen festen Platz in der Parteiorganisation erhält. Einweilen istwert der Parteiaussschuss ganz in der Luft. Redner wendet sich dann gegen den Antrag Löbe. Man müsse das Bewußt sein für die Kritik loslassen, denn werde der Parteitag einseitig ausfallen. Weis (Sofia) polemisiert gegenfalls gegen den Antrag Löbe. Sönig (Dortmund) zieht auf die Tagesordnung zu legen: die Erklärung Eberts hierzu hätte ihn beleidigt. Auch König wünscht, daß der Parteitag durch harte Beilegung und ernste Verhandlungen so würdig wie möglich nach außen hin wirken möge. Sauer (Münster) befürwortet den Antrag Löbe mit Rücksicht auf die Presseberichterstattung. Ueber die ersten Tage werde ausführlicher berichtet als über die letzten.

Ebert tritt noch einmal dafür ein, die Reichstagsberichte an die Spitze der Verhandlungen zu stellen. Parteivorstand und Fraktion hatten keinen Grund, die Debatten zu verschieben oder hinauszuschieben, selbst wenn dabei Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten. Die Delegation müsse natürlich wenig nach dem Statut handeln. Jetzt wichtige Organisationsänderungen zu beschließen, während die große Masse der Parteigenossen im Felde steht, könne er keineswegs empfehlen. Zur Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbekämpften habe der Parteivorstand nicht Stellung genommen, doch gebe die Forderung wohl Berücksichtigung dahin, daß alles, was dort angeht, erledigt werde. Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften sei, die Partei mehr anzugliedern und entscheidend für die Interessen der Kriegsteilnehmer, insbesondere der Kriegsveteranen, einzutreten, und die Gewerkschaften würden für die Verbindung ihrer besonderen Einrichtungen sorgen. Der Antrag Löbe wird abgelehnt. Die von demselben vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen und Nürnberg als Ort des Parteitages festgesetzt.

Ebert weist mit, daß einer der Genossen, der an der Gründung eines Parteitagorgans für Leipzig befragt ist, sich wegen Nichtabänderung der Verberbeit an die Handelskammer gemeldet hätte. Der Parteivorstand habe keine selbstständigen nicht zu tun, er verziele diesen Schritt. Weiter weist Ebert auf die Änderung in der Redaktion der Gleichheitsbewegung hin. Die unter der neuen Redaktion erscheinenden Nummern zeigen, daß das Parteitagorgan der Partei jetzt keine Aufgaben wieder voll erfüllen. Die Parteitagorgane sollten sich vornehmlich für die Vorbereitung der Gleichheit einsetzen. Damit sind die Verhandlungen beendet.

Ein schönes Dokument internationaler Gesinnung

Der beifolgende Brief, den der Granitzhauer Verband ...

Werter Freund Kolb! Ihren Brief, geschrieben im Februar, haben wir erhalten, so auch die Quittung für die zweite Summe des Geldes, welches ich Ihnen von unserer Organisation sandte. Es tut mir leid, nicht in der Lage gewesen zu sein, mehr zu senden; aber hier herrscht seit einiger Zeit eine größere Arbeitslosigkeit, und die Preise für den Lebensunterhalt sind zurzeit bei uns viel größer als in England oder in Europa. Dies kommt daher, weil von unseren Kapitalisten viel Nahrungsmittel über das Meer transportiert wurden; andererseits haben dieselben Nahrungsmittel solange zurückgehalten, bis sie die Höhe dieser unerhörten Preise erreicht hatten. All dies mußten unsere Mitglieder auf sich nehmen und darunter leiden; immerhin anerkennen wir gerne, daß wir doch noch in besserer Lage sind als unsere Berufskollegen in Europa, wo der Krieg wüthet.

Wir nehmen die glücklichen Tage, wo die Arbeiter in allen Ländern die Waffen wieder niederlegen und ihrer friedlichen Beschäftigung nachgehen, bald herbei. Die Zeiten, wo sie sich wieder mehr in Beruf, Handel, in der Kunst üben und wieder allgemeine Brüderlichkeit einander gegenüber bekunden, wo die Gewalt der Waffen weicht und an dessen Stelle der internationalen Gedanke tritt.

Wir anerkennen gerne eure schwere Lage in den Organisationen Europas und eure anstrengende Arbeit für Aufrechterhaltung derselben; ist es doch mitunter in normalen Zeiten nicht so einfach, betrieblidende Resultate zu erzielen. Wenn aber erst durch so schwere Kriegszeiten die Arbeiter von den Folgen so ungemein belastet werden, dann wird die Arbeit der Organisationsbeamten eine noch viel intensiver sein müssen, um die Mitglieder, die abtrünnig zu werden drohen, halten zu können.

All dies berücksichtigend, möchten wir nicht unterlassen, Euch in eurer bisherigen Arbeit zu ermutigen und Euch zu erlauben, die angefangene Arbeit für weitere Förderung der Organisationen in Europa vorwärtszuführen. Ist dann der Krieg endlich vorüber, so wird Euch dies zur großen Befriedigung zeigen, daß die geschaffenen Institutionen es auch ermöglichen werden, in kürzester Frist die zentralen und internationalen Verbindungen wieder vollständig herzustellen zu sehen.

Auch geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß sich in Bälde alle übrigen Steinarbeiterverbände Amerikas unserem Vorgehen anschließen und mithelfen werden an besserer gegenseitiger Verbindung sowie an der materiellen Hilfeleistung für die geschädigten Steinarbeiterorganisationen Europas. In diesem Sinne habe ich mich bereits an alle diese Verbände gewendet, ihnen Europas Lage geschildert und sie gebeten, brüderlich zu zeigen, daß sie mit uns und Euch einig gehen und zur Förderung eurer Organisationen beitragen. Am meisten bedauerte ich, nicht auch das gleiche Empfinden bei den Sandsteinbauern vorzufinden, obgleich gerade unter diesen sich viele befinden, denen die europäischen Verhältnisse sehr gut bekannt sind und die von eurem Weltteil abkommen. Ich habe sie persönlich ermahnt, ihre Solidarität Euch gegenüber zu betonen, nicht bloß in Worten, sondern in Taten. Leider gibt es darunter viele, welche vergessen, woher sie kommen; vergessen, daß sie verpflichtet wären, beizutragen, daß in jenen Ländern, von wo sie herkommen, die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse noch mehr zu fördern möglich wäre als wie bei uns. Ich hoffe aber doch, daß meine Worte Früchte tragen werden.

Ich übermittle Euch nochmals unsere besten Grüße und die herzlichsten Wünsche, eure Arbeit werde zur Wohlfahrt der Steinarbeiter in Europa beizumöglidst dienen. James Duncan, Quincy."

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Freiheit der Presse.

Die „Frankfurter Ztg.“ teilt mit: „Aus Gränden, die sich, wie mir gestern schon meldeten, öffentlicher Bekantgabe entziehen, sehen wir uns veranlaßt, den politischen Teil bis auf weiteres ohne eigene Meinungsäußerung erscheinen zu lassen. Redaktion und Verlag der Frank. Ztg.“

Diese kurze Notiz einer großen, im Auslande diek gesehenen deutschen Zeitung wird dort den äbelsten Eindruck erwecken. Das deutschfeindliche Ausland wird fragen, welche beschämenden innerpolitischen Zustände diese Notiz des liberalen bürgerlichen Organs veranlaßt haben mögen. Man darf sich angefühl solcher Vorgänge nicht wundern, wenn im Auslande Deutschland noch immer als ein Hort der Reaktion angesehen wird.

Erhöhung der Mehlzölle.

Auch die deutschen Mühlenindustriellen haben es eilig, die Steuererhöhung auch über den Krieg hinaus schon jetzt festzusetzen. Einer Nachrichtenstelle zufolge hat die deutsche Mühlenindustrie, die in drei großen Organisationen zusammengefaßt ist, an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der Wünsche für die künftige Gestaltung der Mehlzölle vorgezogen werden. Für den Fall einer Beibehaltung der jetzigen Zollsätze für Getreide wird eine Heraushebung des Mehlzölles auf das Zweieinhalbfache des Kornzölles in Vorschlag gebracht. Bei einer etwaigen Herabsetzung der Getreidezölle wird die Erhöhung der Mehlzölle auf das Dreieinhalbfache des Kornzölles für notwendig erklärt. Die Eingabe soll zum guten Teil durch die starke Konkurrenz der billiger arbeitenden ungarischen Großmühlen veranlaßt worden sein.

„Deputation“ der Regierung im sächsischen Verfassungsausschuss.

Im sächsischen Verfassungsausschuss kam es Mittwoch zu einem Zusammenstoß. Der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. Schellher, verlas ein Schreiben des Verfassungsausschusses in eine Zwischendeputation ablehnt, so daß der Ausschuss während der Vertagung des Landtages nicht fortarbeiten kann. Nach Verlesung dieser Erklärung verließ er den Saal. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter rief ihm nach: „Gehen Sie lieber in den Schützengraben!“ Horant Schellher erwiderte: „Ich habe 1870 mitgemacht.“ Der betreffende Abgeordnete wurde gerügt. Es folgte eine lange lebhafte Aussprache über das ablehnende Verhalten der Regierung, insbesondere über das Verhalten des Saales durch den Regierungsvertreter. Ein Antrag eines unabhängigen Sozialisten, nicht mehr mit Dr. Schellher zu verhandeln, wurde abgelehnt; jedoch ein Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, einen Vertreter zur nächsten Sitzung in der kommenden Woche zu entsenden, da sie durch ein solches Verhalten eine Verhandlung unmöglich gemacht habe. Die Regierung muß nach den bestehenden Vorschriften diesem Verlangen Folge leisten. Unter den Gründen gegen die Einlegung einer Zwischendeputation führte die Regierung an, daß die Beamten Erhöhung bräuteten. Selbst bei der Konventionen sand diese merkwürdige Begründung, die doppelt auffällig ist angesichts der Bedeutung der Verfassungssachen, lebhaftest Verwunderung. Anjang Juli wird der Landtag vertagt werden.

Ernährungsfragen.

Ein Beitrag zur Volksernährung.

Im Verbandsorgan der Buchdrucker, dem „Korrespondent“, geißelt ein Feldgrauer ein Vorkommnis wie folgt: Ich klage an! Herr Staatsanwalt! In Nr. 236 des „Berliner Tageblatts“, und zwar im vierten Beiblatt, dritte Seite, ist folgende Anzeige zu lesen: „Wichtig für Trodnereien. Wer übernimmt käuflich in Verberb liegende Lebensmittel waggonweise zur Trodnung“ Kubow, Berlin, Wladstraße 16.“

Herr Staatsanwalt! In der Presse, im Hauptaussschuß des Reichstags und im Reichsparlament selbst hat eine roge Diskussion über die Ursachen und den Charakter des Streikes der Berliner Munitionsarbeiter stattgefunden — dumme Wütht waren daran, aus dieser aus ernährungswirtschaftlichen Mifständen entstehenden Bewegung politisches Kapital herauszuschlagen — da werden in Verberb liegende Lebensmittel waggonweise zur Trodnung“ öffentlich zum Kauf angeboten!

Herr Staatsanwalt! In heutiger Zeit, in der Millionen sich die allergrößten Entbehrungen in ihrer Ernährung zum Schaden ihrer Gesundheit auferlegen müssen, die eindringlichsten Ermahnungen zum Durchhalten von oben herab über sich ergehen lassen müssen, in der unser grimmigster Feind England den Hungerkrieg gegen uns rücksichtslos durchführt — kann und darf es da straflos geschehen, daß waggonweise Lebensmittel verderben und der Volksernährung entzogen werden? Gibt es keinen Paragraphen im Strafgesetzbuch als Handhabe zu allerhöchster, rücksichtslofer Ahndung solcher geradezu verbrecherischer Geschäftspraktiken? Hier ist keine Entschuldigung zulässig, und keine mildernden Umstände können zugestanden werden, sondern die ganze Schwere des Strafgesetzes muß die Säumigen und Schuldigen treffen. Sie, die unsere Feinde in ihren teuflischen Plänen solchermaßen Helfersdienste erweisen, wie sie sich unsere Gegner gar nicht besser wünschen können.

Was sagt das Kriegsernährungsamt dazu? Herr Staatsanwalt! Ich klage an!

Aus der Partei.

Das Archiv der Partei.

richtet die Bitte an alle Genossen um Einfindung von Flugblättern und Schriften über Partei- und Arbeiterfragen während der Kriegszeit. Nur durch die Mitarbeit aller Genossen ist es möglich, das historische Material auf dem Stande zu halten, der einer späteren Zeit die Kenntnis der Jetztzeit ermöglicht. Sendungen — auch der kleinste Handzettel ist erwünscht — sind zu richten an das Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Prozeß Kupper.

Die gesamte Mittwoch-Verhandlung im Prozeß Kupper war durch das Zeugenverhör ausgefüllt. Sehr eingehend gestaltete sich die Vernehmung des Ingenieurs Fritz Körting. Körting hat mit einer Einlage von ungefähr 50 000 Mark einen Gewinn von weit über 100 000 Mark von Frau Kupper ausbezahlt erhalten. Zu Buche stehen hat er allerdings noch weit über 600 000 Mark. 150 000 Mark Gewinn hat er der Konturmasse wieder zugeführt. Auch die Schwester Körtings, Frau Wille, hat mit geringen Einlagen Gewinn von über 100 000 Mark erzielt. Das Verhör der Zeugen gestaltete sich ziemlich einformig, da die Vorgänge, durch die die betreffenden Personen sich seinerzeit zu Einzahlungen bei Frau Kupper bewegen ließen, stets die gleichen waren: die vermeintliche Sicherheit der Geschäfte und die Hoffnung auf einen bedeutenden Gewinn. Ein früherer Cafetier Leopold Mandl soll einen Reingewinn von fast über 200 000 Mark erzielt haben. Leute aller Gesellschaftsklassen ziehen vorm Auge des Publikums vorüber: Schauspieler, Großindustrielle, Kaufleute usw. Nur wenige fühlen sich geschädigt, die meisten haben verdient.

Der Strafantrag im Prozeß Kagenellenbogen. In der Verhandlung gegen den Kaufmann Leopold Kagenellenbogen wurde Mittwoch im Laufe des Vormittags die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantragte gegen Kagenellenbogen 101 Einzelstrafen, die sich zwischen einem und sechs Monaten Gefängnis und 1000 und 150 700 Mark Geldstrafe bewegen. Der Schlußantrag des Staatsanwalts lautete auf zwei Jahre Gefängnis, eine Geldstrafe von 100 1822 Mark und 76 Pfennig und fünf Jahre Ehrverlust. Das Urteil wird nicht vor Sonnabend zu erwarten sein.

Dreieinhalb Jahre Gefängnis wegen Nichterfüllung von Lieferungsverträgen. Nach achtstägiger geheimer Verhandlung verurteilte die Strafkammer in Nürnberg den dortigen Fabrikanten Robert Rosenthal wegen Nichterfüllung von Lieferungsverträgen zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Nordberber und Selbstmord eines russischen Kriegsgefangenen. In der Ortschaft Lautens bei Hohenstein in Ostpreußen versuchte ein russischer Kriegsgefangener eine Besitzersfrau im Schlaf mit dem Rasiermesser zu ermorden. Die Frau sowie ihre bei ihr schlafende Mutter setzten sich zur Wehr. Der Russe flüchtete und durchschnitt sich die Kehle mit dem Rasiermesser; er war sofort tot. Die Besitzersfrau ist schwer verletzt.

Die größte viergleisige Bahn. Das großartige Bauwerk des viergleisigen Ausbaues der Eisenbahnstrecke Hannover — Osnabrück ist in der Vollendung entgegen. Es handelt sich dabei um die größte Umgestaltung unserer wichtigsten und verkehrsreichsten Hauptbahn Berlin — Köln unter Erneuerung aller Bahndämme, Gleise, Stellwerke und Bahnhöfe, unter denen sich zahlreiche Hauptnotenpunkte befinden. Die ganze Bauunternehmung ist die größte ihrer Art in Deutschland und Europa. Unermüdlich wird auch noch jetzt am Ende des dritten Kriegsjahres diese Bauunternehmung gefördert. Das trägt schon jetzt für die Versorgung von Heer und Heimat sichtbare Vorteile. So konnte auf der 110 Kilometer langen Zellstrecke Meiden — Hamm der viergleisige Zugverkehr größtenteils aufgenommen werden. In kurzer Zeit wird mit Einschluß der bestehenden Strecke die viergleisige Eisenbahnlehre bei Hannover — Hamm — Dortmund — Essen — Duisburg, mit 250 Kilometer Länge die größte Europas, vollendet sein.

Ein amerikanischer Kreuzer aufgelaufen. „Novelle de Lyon“ meldet aus Newyork: Der Kreuzer „Olympia“ ist bei Rhode Island aufgelaufen und befindet sich in sehr kritischer Lage. Die Besatzung wurde gerettet.

Eisenbahnunglück. Nach einer Haas-Melbung aus Saïda in Algerien hielten auf der Linie Saïda-ain-Cefra in der Nähe des Bahnhofs von Tafarua zwei Eisenbahnzüge mit Waren und Arbeitern zusammen. Vier Personen wurden getötet, 19 verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Bezugspreis: 1/2 Sch. Drud. Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.